Nr. 182. Halle a. S., Mittwoch den 8. August 1900. 11. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 2.— Mk.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7888.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition: Geiststr. 21, Hof part. r.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitags findet der diesjährige in Mainz statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Montag, den 17. September, morgens 9 Uhr,

nach Mainz in die „Stadthalle Mainz" ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 17. September, und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitags. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstands.
   Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: P. Singer.
5. Die Organisation der Partei.
   Berichterstatter: J. Auer.
6. Maifeier.
   Berichterstatter: Th. Metzner.
7. Die Weltpolitik.
   Berichterstatter: W. Liebknecht.
8. Die Verkehrs- und Handelspolitik.
   Berichterstatter: R. Calwer.
9. Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.
   Berichterstatter: A. Bebel.
10. Anträge zum Programm.
11. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 16. September, ist seitens der Parteigenossen in Mainz eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet abends von 7 Uhr ab in der

„Stadthalle Mainz"

statt.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Valentin Liebmann, Mainz, Boppstr. 14.

Für die Quartierbeschaffung haben die mainzer Genossen einen besonderen Ausschuß eingesetzt. Delegierte, die in Bezug auf Wohnung ꝛc. besondere Wünsche haben, wollen sich an folgende Adresse wenden:

Heinrich Zeeh, Schriftsetzer, Mainz, Breitenbacherstr. 21.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl von Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 3. September in den Händen des Vorstands, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Partei-Organisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmanns oder des Vorstands der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen.

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 27. August begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30,

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts" noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitags in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 6. August 1900.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Partei-Vorstand.

Der Kampf in China.

Der Vormarsch von Tientsin nach Peking soll bis auf weiteres unterbleiben. Die Ursache zu diesem Beschlusse ist unklar. Während bisher England als der schuldige Teil bezeichnet und behauptet wurde, es habe die erforderlichen Vorbereitungen noch nicht getroffen, macht England jetzt Amerika und Japan für die Verzögerung verantwortlich.

Nachdem das Leben der Gesandten und ihrer Begleiter in Peking gesichert ist, ist es am Ende auch am zweckmäßigsten, den Vormarsch zu unterlassen. Nach einer Meldung des belgischen Vizekonsuls in Tientsin vom 4. August waren die Gesandten in Peking wohlauf.

Ein Sonderabkommen Englands?

Mehrere Meldungen besagen, daß England und China unter der Hand ein Sonderabkommen getroffen habe, demzufolge England besondere Vorteile im Thale des Hauptstromes Jangtsee zugesichert erhält. Das dürfte die beste Erklärung für das Widerstreben Englands, am Vormarsche nach Peking teilzunehmen, sein.

Li-Hung-Tschang.

Die am Sonntag eingelaufene Nachricht, Li-Hung-Tschang habe Selbstmord verübt, wird widerrufen. Er hat neuerdings eine Unterredung mit einem Deutschen in Kanton gehabt, in welcher er folgendes ausführte:

Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Missionare für das Verhältnis der chinesischen Bevölkerung zu den Fremden immer eine Gefahr und die Ursache fast aller Unruhen gewesen sind und immer bleiben werden. Die besseren Klassen der Bevölkerung hier, besonders die größeren Kaufleute, wollen von den Boxern nichts wissen, weil sie von dem ganzen Aufstand nur Schaden für das Land und sich selbst erwarten können. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß auch unter ihnen, besonders aber in der Masse der Bevölkerung, die Boxer Sympathien gefunden haben. Denn eine gewisse steigende Erbitterung gegen die Fremden ist gerade in den letzten Jahren durch die fremden Mächte selbst hervorgerufen worden. Ich nenne Ihnen als Beispiel die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland. Ein paar Missionare waren ermordet worden. Die chinesische Regierung hat, als Genugthuung gefordert wurde, die Verbrecher und auch die verantwortlichen Beamten hart gestraft, sie hat eine sehr große Geldbuße angeboten, aber das alles hat nicht genügt. Deutschland hat auf seiner Forderung, Land in China zu erwerben, bestanden und hat seinen Willen durchgesetzt. Das war eine übermäßige Buße für ein paar Missionare. Aber Kiautschou ist nur ein Beispiel. Andere Mächte sind gefolgt und dieses Vorgehen hat in weiten Kreisen der Bevölkerung auch bei sonst fremden-freundlichen Chinesen Erbitterung hervorgerufen. China darf unter keinen Umständen weiteres Land abtreten.

Offensive der Chinesen?

Es wird behauptet, die chinesische Regierung beabsichtige, Truppen von Peking nach Tientsin vorrücken zu lassen und ziehe aus diesem Grunde Truppen aus dem Norden zusammen. Wie weit diese Nachricht Glaubwürdigkeit verdient, läßt sich nicht bestimmen. Auch über das Verhältnis der Regierung zu den Boxern wird so Widersprechendes berichtet, daß sich ein Urteil nicht gewinnen läßt. In Peking soll ein Mitglied des Tsung-li-Yamen, Hsü-Tsching-Tscheng, durch den Führer der Regierungstruppen hingerichtet worden sein. Das würde beweisen, daß die Regierung mit den Boxern nicht gemeinsame Sache machen will und daß sie die ganze Lage beherrscht.

Ebenso unsicher sind die Mitteilungen von der Verstärkung der Befestigung Pekings und davon, daß die chinesischen Truppen mittels Durchstechung des Kanaldammes das Land zwischen Tientsin und Peking in einen See verwandelt und unpassierbar gemacht haben sollen.

Chinesen in Tientsin?

Ein Daily-Expreß-Telegramm behauptet, die Chinesen hätten am 1. August nach sechsstündigem Kampfe einen Teil der Chinesenstadt von Tientsin wieder zurückerobert und sogar mehrere Forts von Tientsin besetzt. Das klingt durchaus unglaubwürdig, ist auch von anderer Seite nicht bestätigt worden. Dagegen klingt die weitere Meldung glaubhafter, daß nördlich von Tientsin Gefechte zwischen Russen und Japanern einerseits und Chinesen andererseits stattgefunden haben.

Kapitän Taussig telegraphiert unterm 6. August aus Tschifu, daß am Sonntag morgen von 3 bis 10½ Uhr ein Kampf bei Peitsang stattgefunden habe, in welchem die Verbündeten einen Verlust von 1200 Toten und Verwundeten gehabt hätten, hauptsächlich Russen und Japaner.

Die Erbschleicherinnen.

18] Roman von Ernst von Wolzogen.

Die gute Majorin zeigte ihnen von ihren Schätzen an alten Schmucksachen, seidenen Brusttüchlein, gestickten Häubchen und dergleichen so viel sie unten im Zimmer zur Hand hatte, und fand kein Ende in der Beschreibung der reichen Kostümschätze, die an acht langen Riegelgalerien auf dem Boden aufgespeichert waren. Der minnige, funige Jüngling beschäftigte sich inzwischen damit, die hübschen, großen Mädchen abwechselnd verliebt anzuschauen und zur Probe mit allerlei buntem Kram zu schmücken. Für einen Sekundaner, der er war, betrug er sich wirklich sehr frei und gewandt.

Im Laufe des lebhaften Hin und Her der Unterhaltung fragte Kathi die Majorin, wer denn die Dame sei, die ihr das gefährliche Wort „Erbschleicherinnen" eingeblasen habe?

„Ach, das war die Eveline Rohr," versetzte Frau von Goldacker, „die Tochter des verstorbenen Superintendenten. Ein gräßliches Frauenzimmer! Sie doziert hier Kunstgeschichte an verschiedenen Dameninstituten. Die wollte euch bloß was anhängen, weil die Lizzi die ganze Nacht mit den Füßen auf ihr rumgetrampelt hätte. Geschieht ihr ganz recht. Alte, eklige spinöse Jungfer! Laßt euch darum keine grauen Haare wachsen."

„Ja, aber d'Tante Ida hat schön g'spitzt, wie s' dees gestern g'hört hat," sagte Kathi, die Stirne in sorgenvolle Falten legend. „Jetzt traut s' uns erst recht nix Gut's mehr zu."

„Ach Gott, ihr armen Kinder!" rief die Majorin „Da hab' ich wohl recht was Dummes angerichtet? Uebrigens, da fällt mir was ein: laßt euch vor dem Herrn Vogel warnen. Der ist gewiß auf die Nachricht von eurer Ankunft gleich hergekommen, um zu sehen, was ihr für Menschenkinder seid und ob ihr ihm nicht etwa gefährlich werden könntet. Denn der spekuliert selbst auf die fette Erbschaft. Das väterliche Geschäft hat er durch seine Dummheit beinahe ruiniert, und seine Versuche, sich durch eine reiche Heirat wieder aufzuhelfen, sind alle fehlgeschlagen. Dreimal hat er sich schon auf eigene Faust verlobt, aber dann hat's seine Schwester immer wieder rückgängig gemacht, weil ihr keine reich und fein genug für den kostbaren Gunnerich war. Sie hat auch schon mehrmals Partien für ihn vermitteln wollen, aber da haben immer die Damen gedankt, wenn sie ihn kennen lernten. Wenn der etwa merkt, daß ihr bei dem Onkel einen Stein im Brett habt, dann könnt ihr euch nur in acht nehmen. In eurer Stelle würde ich mich jetzt erst recht aufs Erbschleichen verlegen. Euer Onkel ist sehr zugänglich für Schmeichelei und ins Herz der Tante führt am Ende auch ein Weg – via Joli nämlich."

„O mei, das is g'fehlt!" kicherte Lizzi. „Dees Dreckerl hat mi schon durchschaut. Da giebt's nix mehr!"

In diesem Augenblick hub eine altertümliche Pendule, auf der unten der Tod mit Sense und Stundenglas und oben ein Genius mit der Fackel in Bronze angebracht war, zum Schlagen aus.

„Jesses, schon halb zwölf!" rief Lizzi. „O mei, wie die Zeit vergeht! Da müß'n mer mach'n, daß mer weiterkommen." Und mit merkwürdiger Unruhe drängte sie zum Aufbruch, that rasch die Sachen von sich, mit denen Rudi sie geschmückt hatte, zog hastig ihren Mantel an und trieb auch die ganz verwundert dreinschauende Kathi unter lebhaftem Augenzwinkern zur Eile an. —

„Je, was hast denn nur, Lizzi?" fragte Kathi, als sie fünf Minuten später wieder auf der Straße standen. „Wir haben doch nix zu versäumen?"

„Weißt, die Luft war so schlecht darin," erwiderte Lizzi seltsam verlegen, ohne die Schwester anzusehen. „Komm, geh'n mer noch a bissel spazieren in Tiergarten. Mir sin schon lang nimmer richtig g'laufen." Und damit schob sie ihren Arm unter den der Schwester und zog sie, weit ausschreitend, mit sich fort.

Als sie in der Tiergartenstraße angekommen waren, machte Lizzi unschlüssig Halt, und dann fragte sie ein vorübergehendes Dienstmädchen um den Weg nach dem großen Stern. Dann beschleunigte sie, die bezeichnete Richtung einschlagend, das Tempo noch mehr.

Kathi vermochte kaum mit ihr Schritt zu halten. Nach wenigen Minuten schon blieb sie ganz außer Atem stehen und keuchte: „I glaub', du bist narrisch, Mädel. Was is denn dees für a Vergnügen, bei dem Wetter umanander z'rennen wie b'sessen!?"

Lizzi blieb stehen und drückte ihre Hand aufs Herz. „U je, i bin so aufg'regt!" sagte sie leise. „Ich bitt' dich, Katherl, schau amal auf dei' Uhr."

„Ja, was hast denn? Fünf Minuten auf zwölfe is."

„Fünf Minuten auf zwölfe?!" rief Lizzi und griff sich mit beiden Händen an den Kopf.

Es war jetzt ganz einsam um sie her. Der Schnee wirbelte in immer dichteren Flocken herunter, und so oft ein Windstoß durch das entlaubte Gezweig fuhr, schüttelte er nasse, kalte Schauer auf den durchweichten Weg herab. Die Sonne war nur noch als blasser, fahlgelber Fleck hinter dem dichten Nebelschleier zu erkennen. Lizzi setzte sich langsam wieder in Bewegung und schritt voraus, ohne sich nach Kathi umzusehen. Aber schon nach wenigen Sekunden blieb sie stehen, lauschte mit der Hand am Ohr hinaus und sagte, als Kathi sie einholte: „Du, i mein', i hätt's zwölfe schlagen hör'n." Sie war ganz blaß geworden und ihre Brust wogte heftig auf und nieder.

Da packte Kathi die Schwester bei beiden Armen und schüttelte sie. „Geh, du dummes Ding, du. Glei sagst, was d' hast."

Und Lizzi fiel ihr um den Hals, schmiegte sich an sie und flüsterte ihr ins Ohr: „Naa, i trau' mi net. I möcht' heim. I hab' nasse Füß!"

Und auf dem ganzen Heimweg bekam Kathi kein Wort mehr aus ihr heraus.

Sechstes Kapitel.

In welchem der Geheimrat einen höchst lobenswerten Entschluß faßt, und die Lizzi sich bewogen fühlt, rote Strümpfe anzuziehen.

Als die beiden großen jungen Damen eine halbe Stunde später bei Geheimrats die Klingel zogen, war ihnen doch ein wenig so zu Mute, wie ein paar ungezogenen Schulmädeln, die mit einem bösen Gewissen heimkommen. Die Minna öffnete ihnen die Thüre und setzte eine äußerst wichtige und geheimnisvolle Miene auf. Ohne dazu aufgefordert zu werden, folgte sie doch den beiden Schwestern bis in ihr Schlafzimmer nach und sagte, die Augen weit aufreißend. „Sie Freilein, da muß wat passiert sein. Un von Sie war noch die Rede. Det hab' ick deutlich jehört."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0001

Auch eine Depesche des Admirals Remey aus Tschifu enthält einen nicht offiziellen, aber für verläßlich gehaltenen Bericht, nach welchem etwa 16 000 Verbündete seit Tagesanbruch am 5. August bei Peitsang mit den Chinesen in ein ernstes Gefecht verwickelt waren.

Ausdehnung der Unruhen.

Was an den täglich sich wiederholenden Nachrichten von der Ausdehnung der Unruhen in Mittel- und Südchina Wahres ist, läßt sich nicht sagen. Mißtrauisch muß man gegen diese Nachrichten um deswillen sein, weil sie fast ausnahmlos von Stellen kommen, die zu den Scharfmachern gegen China gehören. Man möchte eben nicht die europäischen Völker zur Ruhe kommen lassen, weil sonst sofort die Frage verstärkt auftreten würde: Was wollen wir eigentlich in China? Sind Unruhen ausgebrochen, so ist es Aufgabe der chinesischen Regierung, die Ordnung wieder herzustellen.

Deutschland und China.

Daß ein zweites deutsches Korps in Stärke von 10 000 Mann nach China gesandt werden soll, unterliegt keinem Zweifel mehr. Man greift, wie wir gestern schon berichteten, dabei bis auf den Jahrgang 1893 zurück, der in diesem Jahre aus der Reserve in die Landwehr versetzt würde. Natürlich können nur Leute in Betracht kommen, die sich freiwillig melden.

Zu wüsten Schlägereien kam es in der Nacht zum Sonnabend auf der Bahnlinie, die Paderborn berührt. Es wurden China-Truppen aus Metz u. s. w. nach Bremerhaven gefahren. Schon vorher war es zu heftigen Auftritten zwischen einzelnen Soldaten gekommen. Bei Paderborn soll die Schlägerei dazu geführt haben, daß zwei Mann vom Platze getragen werden mußten.

Beim Abschied der hessischen Freiwilligen hat der Divisionskommandeur von Verbandt in Darmstadt eine Rede gehalten, in der es heißt: „Ihr seid hinausgesandt, um die Räubereien, welche die fremden Teufel an Gut, Blut und Ehre des deutschen Vaterlandes verbrochen haben, zu rächen, und Ihr seid berufen, mit Mut, Treue, Enthaltsamkeit und himmelanstürmende Tapferkeit Euch Eurer Aufgabe zu entledigen." — Enthaltsamkeit und himmelanstürmende Tapferkeit sind schwer miteinander zu vereinbaren. Auch die Bezeichnung der Chinesen als „fremde Teufel" wirkt anmutig.

„Unfreiwillige Freiwillige", — unter dieser Ueberschrift teilt ein Herr von Gadow aus Gr.-Potrems bei Güstrow in den Mecklenb. Blättern mit, daß vier aus einem Nachbarort gebürtige Soldaten freiwillig nach China mitgingen, „unbegreiflicherweise" sich aber, sämtlich bei Abschiedsbesuchen und in Abschiedsbriefen nachträglich dahin geäußert haben, daß sie die Reise nur mit dem größten Widerstreben antreten. Ferner berichtet Herr v. Gadow, daß der Sohn eines Gutstagelöhners, der für den Herbst seiner Entlassung entgegensehen durfte, in einem an seine Eltern gerichteten Abschiedsbriefe schreibt: „Als auf die an seine Kompagnie gerichtete Aufforderung zur freiwilligen Meldung für China sich niemand gemeldet habe, sei er mit noch vielen seiner Kameraden einfach dorthin kommandiert worden."

Als am Sonntag morgen in Würzburg das 9 Inf.-Reg. in den Kasernenhof gerufen wurde und sich weitere Freiwillige zum Chinazuge melden sollten, trat, wie die Fransf. Ztg. schreibt, nicht ein einziger Mann vor.

Die in den letzten Tagen von Bremerhaven abgegangenen Transportschiffe werden erst etwa am 7. Sept. Taku erreichen. Sie legen stündlich 16 bis 20 Kilometer zurück.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 7. August 1900.

Neueste Kaiserrede. Am gestrigen Montag hat Wilhelm II. bei Einweihung eines Denkmals in Bielefeld eine längere Rede über die Aufgaben der Hohenzollern gehalten, in welcher er u. a. sagte:

Mir ist es vielleicht vergönnt, den Teil seines Traumes auszuführen, der durch die späteren Kämpfe in unserer Entwickelung zurücktreten mußte, den Weg über die See. Was damals der Große Kurfürst nur angedeutet und begonnen, das vermögen wir jetzt im großen aufzunehmen, weil wir ein geeintes großes deutsches Vaterland haben. Wir haben es jüngst erlebt: Deutsche Heere unter dem Schutz deutscher Fahnen ziehen hinaus, bestehend aus Gliedern und Söhnen unseres Vaterlandes aus allen Gauen, von den Schären des Belts bis zum Wasgau, gemeinsam für die schwarz-weiß-rote Fahne zu kämpfen, die Größe und den Ruhm unseres Vaterlandes im Auslande zu betagen, zu zeigen, daß der Arm des deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Teile der Welt reicht.

Die Rede ist auf demselben Sparenberge gehalten worden, wo der Kaiser vor drei Jahren die bekannte Zuchthausrede hielt.

Als vaterlandslose Gesellen hat Wilhelm II., wie wir schon im Sonntagsblatte berichteten, diejenigen bezeichnet, welche die streikenden hamburger Werftarbeiter zum Ausstand veranlaßt haben und hinzugefügt, ehrlos sei, wer sein Vaterland im Moment der Gefahr im Stich lasse. Da der Kaiser von „vaterlandslosen Agitatoren" sprach, nimmt er offenbar an, der Streik sei von Sozialdemokraten veranlaßt worden. Das ist nicht an dem. Die 120 Nieter legten lange vor Beginn der Chinawirren die Arbeit nieder, aber die Reeder sperrten dann während der Wirren und als schon die Bereitstellung der Transportdampfer angeordnet war, 3000 Werftarbeiter aus. Sie sind also die „vaterlandslosen Agitatoren", und auf sie trifft auch in Wahrheit die Bezeichnung besser zu, als auf die Arbeiter, die um Besserstellung ihrer Lage ringen. Außerdem waren die 120 Nieter gar nicht an den nach China bestimmten Schiffen beschäftigt. Der Vorwärts faßt den Thatbestand folgendermaßen zusammen:

Erstens: Der Streik der 120 Nieter ist lange vor den chinesischen Wirren entstanden. Außerdem kommen bei den Umbauten an den Transportschiffen nach China überhaupt keine Nietarbeiten in Betracht.

Zweitens: Nachdem die Aufträge für die Chinaschiffe gegeben worden, sperrten die Unternehmer die Werftarbeiter aus. Als Vorwand diente ihnen die selbstverständliche Weigerung der Werftarbeiter, gegen die Nieter — die, wohlbemerkt, überhaupt nichts mit den Arbeiten an den Transportschiffen zu thun hatten — als Streikbrecher zu dienen.

Drittens: Die wirkliche Absicht der Aussperrung ging dahin, die Arbeiter zu einem Streik zu provozieren. Die Werften waren mit Aufträgen so überhäuft, daß sie fürchten mußten, nicht rechtzeitig fertig zu werden und damit Konventionalstrafen zu verfallen. Ein Streik hätte sie — dank der Streiklausel in ihren Verträgen — jeder Verpflichtung entbunden, und darum suchten sie durch jenen Gewaltakt einen Streik zu provozieren, was ihnen zu ihrem Leidwesen mißlang.

Viertens: Die Arbeiten an den Transportschiffen hätten in wenigen Tagen trotz der Aussperrung von den hamburger Unternehmern ausgeführt werden können, wenn sie nur gewollt hätten. Aber sie waren froh, diese Aufträge abschieben zu können, zumal sie in dieser künstlich herbeigeführten Verlegenheit ein hübsches Mittel sahen, wieder einmal gegen die Arbeiter zu hetzen. Denn der hamburger Arbeitgeberverband bedurfte eines Agitationsmittels; es bröckelte in dem Verband und es galt für die Scharfmacher, ihren Einfluß zu retten.

Wenn also die Arbeiten an den Transportschiffen eine Verzögerung erlitten hätten, so wäre dies einzig und allein das Werk der Unternehmer gewesen.

Die Zeugniszwangshaft des Genossen Seifarth in Gera durfte heute schon beendet sein, da das Verfahren gegen ihn auf Verlangen des Erbprinzen eingestellt worden ist. Der Erbprinz ist dauernd mit der Vertretung der Regierung beauftragt und ließ sich, nachdem er dieser Tage vom Badeaufenthalt in Reichenhall zurückgekehrt ist, Vortrag über die Angelegenheit halten. Genosse Seifarth ist bekanntlich in Zwangshaft genommen worden, weil er in einem Disziplinarverfahren gegen einen Beamten des schleizer Landratsamtes das Zeugnis verweigert hat. Der Erbprinz hat sich dahin geäußert, daß er mit der Verhaftung nicht einverstanden sei und die Anwendung der „modernen Folter" nicht billigen könne.

Verschlechterung des Gemeindewahlrechtes in Preußen. Der Minister des Innern hat nachstehende Verfügung an die Provinzialbehörden erlassen: „Das königliche Oberverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung vom 18. Mai ds. Js. in der Verwaltungsstreitsache der Stadtverordnetenversammlung zu Berlin wider den Magistrat dieser Stadt den Grundsatz aufgestellt, daß Schlafstelleninhaber als „selbständig" im Sinne des § 5 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 (und damit der entsprechenden Gemeindeverfassungsgesetze) nicht angesehen werden können, weil sie keinen eigenen Hausstand haben, vielmehr zum Hausstande des Vermieters gehören, welcher sie in seine — unter Aufsicht bleibenden — Räume aufgenommen hat. Demgemäß ist den Schlafstelleninhabern durch das Erkenntnis die Wahlberechtigung für die Gemeindewahlen abgesprochen worden!

Zum Reichsberggesetz. Die Regierung von Altenburg hat nach Meldung bürgerlicher Blätter beim Bundesrat den Erlaß eines Reichsberggesetzes, sowie die reichsgesetzliche Regelung der Bergwerksaufsicht beantragt. Damit würde dem in voriger Session gefaßten Beschlusse des Reichstags Rechnung getragen werden.

Manöver und Landwirtschaft. Ein schlesisches Regiment beabsichtigt nach einer berliner Blättern zugegangenen Mitteilung, in der gegenwärtigen Erntezeit sechs volle Tage von früh 5 bis 9 Uhr auf dem Terrain das gefechtsmäßige Schießen mit scharfen Patronen abzuhalten. Die davon betroffenen Landwirte erheben Widerspruch gegen die dadurch veranlaßte Sperrung und verlangen, da das Regiment trotz ihres Widerspruches zu schießen gedenkt, eventuell außer der Flurentschädigung Ersatz für verdorbenes Getreide bei etwa eintretender ungünstiger Witterung, Versäumnis der Zeit und die damit entstehenden Unkosten an Lohn. Da sämtliche Felder gesperrt werden, sind die Besitzer gezwungen, ihre Leute und ihr Vieh für volle vier Stunden sechs Tage lang im Hofe zu behalten. Arbeiten im Hofe sind aber zur Zeit der Ernte bei kleinen Wirtschaften für je vier Stunden des Tages kaum vorzunehmen, die für die Erntearbeit gehaltenen Arbeiter sind teuer, und das Vieh muß nutzlos im Stall bleiben. Das Regiment bietet allerdings Erntearbeiter zur Aushilfe an, doch ist das kein genügendes Aequivalent für den entstehenden Schaden und Nachteil.

Der hier geschilderte Uebelstand ist nur einer der vielen Nachteile des Militarismus, und noch lange nicht der schlimmste. Daß der Militarismus aber seine heutige, alles beherrschende Stellung erlangen konnte, daran sind gerade die Bauern mit schuld, denn sie sind es gerade vor allem, die die Hauptbefürworter des Militarismus, die Konservativen, in die Parlamente wählen.

Die größte Thorheit des 19. Jahrhunderts besteht nach der agrarischen D. Tagesztg. in der Abschaffung der Prügelstrafe. Alle noch so großartigen Erfindungen wie Dampfkraft, Elektrizität, flüssige Luft u. s. w. könnten diesen Kardinalfehler nicht aufwiegen. — Da bekanntlich Probieren über Studieren geht, mag doch der Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung, der Herr Oertel, erst mal seine eigne gut gefütterte Speckseite als Versuchsobjekt hergeben. Dann wird er aus Erfahrung reden können und das ist bekanntlich viel wert.

Wegen Kaiserbeleidigung, die in Gegenwart mehrerer zugereisten fremden Handwerker sowie des Herbergsvaters des evangelischen Vereinshauses zur Heimat in Frankenstein in Schlesien der 35 Jahre alte Brauergeselle Rudolf Völkel aus Wartha hatte fallen lassen, wurde er von der Strafkammer in Glatz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Frankreich. Man sucht noch immer vergeblich nach den „Verschworenen" des Salson. Das ganze „Attentat" sieht sehr nach Mache aus. Diese Meinung dürfte durch den Umstand noch weiter erhärtet werden, daß nach dem Gutachten des Sachverständigen, Waffenfabrikanten Renette, aus dem Revolver kein einziger Schuß hätte abgegeben werden können, weil der Schlagbolzen aufgeschnitten war. Natürlich werden trotzdem noch Verhaftungen „berüchtigter Anarchisten" vorgenommen, „bloßstellende Briefschaften" gefunden und „Spuren" eines bestehenden Komplotts entdeckt. Das gehört nun einmal dazu.

Belgien. Löbtau in Belgien. Anfang Juni brach in Gent ein Streik der Dockarbeiter aus. Ein Unternehmer stellte einige berufsmäßige Säufer als Streikbrecher ein und bewaffnete sie mit Revolvern. Dadurch verwegen gemacht, provozierten diese Streikbrecher die im Hafen auf Posten stehenden Ausständigen; eine Schlägerei entstand, wobei von beiden Seiten Revolverschüsse fielen. Die Polizei schritt ein und einer der Ausständigen, ein sehr kühler, ruhiger Parteigenosse, de Kok geheißen, wurde tödlich verletzt, so daß er kurz danach starb. Einige wurden leichter verletzt.

Von den schießenden Streikbrechern wurde niemand verhaftet, dagegen 35 der 42 angeklagten Streikenden zu insgesamt 22 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Italien. Am gestrigen Montag hielt die Kammer eine Trauersitzung ab. Der Kammerpräsident Villo betonte in seiner Rede, das Volk habe das Gefühl, daß das Staatsgefüge locker sei und die einzige Sühne des Verbrechens sei eine Stärkung des Rechtsgefühls und Erziehung des Volkes zu einer höheren politischen Auffassung, denn Gerechtigkeit sei aller Reiche Stütze. Der Sozialist Turati protestierte in knappen Worten gegen das Attentat, das er als Verbrechen eines Barbaren bezeichnete. Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Kammer werde einträchtig zusammen arbeiten, um das Land wirtschaftlich zu heben und den Fanatikern den Vorwand zu barbarischen Attentaten zu nehmen.

Nun artete die Sitzung zu einem Skandal aus, als Pantano namens der Republikaner das Wort nahm. Pantano, der wegen der letzten Obstruktions-Kampagne bei der Mehrheit persönlich verhaßt ist, hatte kaum mit der Erklärung begonnen, daß seine Gruppe sich den Trauerkundgebungen anschließe, als die Heißsporne der Rechten mit dem Rufe aufsprangen: „Genug mit Eueren Krokodilsthränen, ihr Gevattern und Mitschuldigen der Meuchelmörder!" Pantano antwortete erregt: „Wir beuten nicht politische Verbrechen wie Ihr aus." Bei

---

Die Schwestern sahen einander an und zuckten die Schultern. Sie waren viel zu gut erzogen und vornehm denkend, um gern auf Dienstbotenklatsch zu hören; aber in diesem Falle war doch die Neugier zu stark, und Lizzi konnte sich nicht enthalten, wenn auch möglichst gleichgiltigen Tones zu fragen: „So so, Sie horchen also an die Thüren?"

„I Jott bewahre!" lachte Minna verächtlich auf. „Direkt jehorcht hab' ich ja nich 'nmal. Wissen Se, es war heute allens 'n bißken späte jeworden, vonwejen, weil ick mir verschlafen hatte, und da kam ick erst um elfen dazu, in Salon reene zu machen. Un die saßen derweile drinne in Herrn Jeheimrat seine Stube un hörten mir jar nich."

„Wer denn?" warf Lizzi ein.

„Na, der Olle un die Jnädige mitsamst ihren schenen Bruder. Ick habe doch Watte in die Ohren vonwegen mein Zahnreißen, aber det hätte ja 'n Tauber hern missen, so 'n Radau, wie die jemacht haben! Die beeden, der Herr Vogel un unse Jnädige, die konnten ja nich 'mal abwarten, bis eener fertig war. Da red'te immer eener mang den andern mang wie in de Judenschule, daß der Herr Jeheimrat jar nich jejen ankonnte. Aber am Ende wurd' er doch unjemietlich. Da hab' ick mal jehört vonwejen seine leiblichen Nichten, un daß die ihm doch näher ständen als schutzlose Waisen, wie seiner Frau ihre Verwandte, die de alt jenuch wären, um daß se alleene für sich sorgen könnten. Un denn hat die Frau Zahnärztin anjefangen zu weenen — na wissen Se, wenn so eene erst zu weenen anfängt, da kennen Se sich denken! Der Herr Jeheimrat, der hatte sich uff't Soffa jeschmissen, dat et man so bumste. Un was der Herr Vogel is, der zog nu ooch sanfte Saiten uff. Verstehn konnt' ick ja nischt mehr — die blieben in ei'm Jejumle und Jestehne. Na, un denn habe ick mir rasch dinne machen missen, wie ick se uf de Thüre zukommen herte. Die Jnädige is mit 'n Herrn Vogel un mit 'n Joli fort. Un der Herr Jeheimrat liegt immer noch uf sein Soffa, jloob' ick."

Da die Schwestern sich auf diese interessanten Mitteilungen nicht weiter äußerten, so zog die Minna bald ab, unzufrieden vor sich hinbrummend. Sobald sie aber hinaus war, sagte die Kathi in drollig-traurigem Tone: „Ach, mir armen Hascherln! Jetzt dürf'n mir uns aber gratulier'n."

„Was meinst denn, was g'wes'n is?" fragte Lizzi.

„Na, der Onkel hat halt aufbegehrt geg'n sei Frau, wie s' ihm wieder a Geld abdruck'n woll'n hat für ihr'n Bruder. No, mir wern's schon an die Folgen g'spürn, ob er was von uns g'sagt hat."

Lizzi nickte nachdenklich. Und dann fuhr sie plötzlich heraus: „Geh m'r nei, frag'n m'r doch 'n Onkel selber. Wer weiß, wann m'rs wieder so gut treff'n, daß m'r alleinig mit ihm z'Haus sin."

Und mit sanfter Gewalt zog sie die zaghaft widerstrebende Schwester mit sich fort. Aber weiter wie bis in den Salon brachte Lizzi sie nicht. Uebrigens wurde die nun auch selbst bedenklich. Sie hatte ihre ganze Schneid für heute schon verbraucht, und zumal, da sie vor ihrem ersten Stelldichein so schmählich Reißaus genommen, fühlte sie sich nicht mehr auf der Höhe ihrer Thatkraft. Sie schlich auf den Zehen über den dicken Teppich nach der Thür des Studierzimmers und horchte. Und wie da drinnen kein Laut zu vernehmen war, kehrte sie zur Schwester zurück und sagte: „Weißt was, mir wissen von nix und thun, als ob gar nix vorg'fall'n wär'."

Sie tuschelten noch eine Weile leise miteinander, und dann öffneten sie das Klavier und begannen mit halber Stimme zu singen. Nach was Lustigem war's ihnen nicht zu Mute. Lizzi hub an:

„I hab' a kloans Hügerl so hübich in der Näh'
Und auf dem kloan Hügerl steht a Kreuzerl in d' Höh.
Und unta dem Hügerl, da liegt ebbas hint,
Was i auf da ganzen Welt ja nirgends mehr find' —
Was i auf da ganzen Welt ja nirgends mehr find'."

Bei der Wiederholung des letzten Verses verlagte ihr plötzlich die Stimme. Sie drückte ihre rechte Hand auf die Augen und sank leise aufschluchzend in den nächsten Sessel. Kathi verstand sie. Sie erhob sich rasch, kniete neben ihr nieder und legte den Kopf an ihre Brust. Die Erinnerung an ihre tote Mutter war zu stark und plötzlich über sie gekommen. Sie hielten einander weinend umschlungen und vergaßen alles rings um sich her.

Da that sich leise die Thür auf und die hohe, vornübergeneigte Gestalt des Geheimrats erschien auf der Schwelle. Langsam schritt er auf die Nichten zu und legte ihnen seine Hände auf die Köpfe, ohne ein Wort zu sagen.

Die Mädchen blickten auf und trockneten rasch ihre Thränen. Dann erhoben sie sich und reichten dem Onkel stumm die Hand. Sie hatten ihm ja heute noch gar nicht „Guten Morgen" gewünscht.

Der Geheimrat lächelte matt. „Nun, nun, meine lieben Kinder, was habt Ihr denn? Ich wollte mich eben an Eurem Gesang erfreuen. Aber mir scheint, Ihr seid nicht recht in der Stimmung. Wollt Ihr mir nicht sagen, was Euch so traurig macht?"

Kathi blickte mit immer noch zuckenden Lippen zu ihm auf. Sie sah in ein bleiches, verhärmtes Gesicht. Viel tiefer und schlaffer als sonst erschienen heute die langen Falten, und ein paar Strähne des dünnen grauen Haares, das immer so sorgfältig gekämmt und gescheitelt war, hingen gar wild in die hohe Stirn hinein. Sie trat erschrocken einen Schritt zurück und rief: „Aber naa, wie schaust denn Du aus, Onkel? Bist am Ende krank?"

Der Geheimrat strich sich über die Stirn: „So, sehe ich schlecht aus? Hmnja, das ist wohl möglich. Ich habe die Nacht schlecht geschlafen. Mein Magen, wißt ihr, der macht mir immer zu thun nach solchen späten Tafelfreuden, hehe, — und dann habe ich auch . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Truppen-Verstärkung. Als Freiwillige für den Sühnezug nach China sollen sich u. a. auch der Fürst von Monaco, der Prinz von Wales, König Leopold von Belgien und Erkönig Milan gemeldet haben, und zwar wollen sie in das ostasiatische Okkupationsheer als — „Spielleute" eintreten.

— Ja so! „Lieber Freund, Du siehst in letzter Zeit so schlecht aus — lebst Du in schlechten Verhältnissen?"

„O nein, — meine Schwester hat in vierzehn Tagen Hochzeit und da lernt sie bei uns zu Hause noch schnell kochen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0002

diesen Worten brach ein Orkan der Entrüstung aus. Die Abgeordneten der Mehrheit riefen: „Hinaus! Maul halten! Unverschämtheit!“ Andere eilten zum Ministertische und zur Präsidententribüne. Der Präsident war machtlos, den Sturm zu beschwichtigen. Nach fünf Minuten forderte der Präsident Pantano auf, seine Worte zurückzunehmen, was dieser auch im allgemeinen Tumulte that.

Serbien. Anläßlich der Vermählung des jungen Königs Alexander, die am Sonntag stattfand, ist eine Amnestie für politische und sonstige Vergehen erlassen worden. Mehrere politisch Verurteilte sind vollständig begnadigt worden.

Amerika. Die Pinkertons an der Arbeit. In Chikago provozierte am Sonntag abend eine starke Abteilung von Polizeibeamten einen Zusammenstoß mit Anarchisten, wobei 25 Personen arg zugerichtet wurden. 5 Personen wurden verhaftet, darunter die Witwe des seiner Zeit hingerichteten Anarchisten Parson. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Gehaussucht** wurde gestern in den Räumen der Mannheimer Volksstimme. Das Blatt soll sich durch eine Feuilletonnotiz unter der Spitzmarke Abel mit dem Sabel gegen die Sittlichkeit vergangen haben.

§ **„Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen“** wollte Göthe, der bekanntlich eine Reihe von Jahren Staatsminister in Sachsen-Weimar war. Seine Nachfolger wollen den unfreien Grund von Sklaven bevölkert sehen; die gegenwärtige Regierung des Götheländle verbietet konsequent die Abhaltung von Volksversammlungen „aus Gründen des öffentlichen Wohls“, sobald ein bekannter Sozialdemokrat als Redner auftreten soll. Ja auf eine Beschwerde der Genossen in Blankenhain hat die Direktion des 1. Verwaltungsbezirks in der Ablehnung derselben ausdrücklich darauf hingewiesen, „daß weder einem einzelnen, noch einer politischen Partei im Großherzogtum gesetzlich ein absolutes Recht, Versammlungen abzuhalten, ausgenommen allein solche zum Zwecke der Reichstagswahl, gewährleistet ist, daß daher bei einem Versammlungsverbote von der Verletzung des Rechts nicht die Rede sein kann.“

Das Götheländle kann ruhig schlafen in der Hut seiner wachsamen Regierung. Die Sozialdemokratie in ihrem Lauf hält jedoch der Herr v. Wurmb nicht auf; sie wird es trotzdem erreichen, daß auch in Sachsen-Weimar **auf freiem Grund** ein freies Volk steht.

Parteinachrichten.

— **Eine Preßkonferenz** für die deutschen Partei- und Gewerkschaftsblätter fand am Sonntag in Berlin statt. Sie war von 87 Delegierten besucht, durch welche 33 Redaktionen (23 politische und 10 gewerkschaftliche) sowie 32 Verlage (23 politische und 9 gewerkschaftliche) vertreten wurden. Eine Anzahl Zeitungen hatten ihr Nichterscheinen entschuldigt. Unter den Anwesenden befanden sich auch 2 Mitglieder des Parteivorstandes.

Es wurde einstimmig beschlossen:

Die Preßkonferenz setzt eine aus Verlegern bezw. Verwaltungs-Angestellten und Redakteuren zu gleichen Teilen zusammengesetzte Kommission ein, die dem Parteivorstand zur weiteren Erledigung Vorschläge zur Regelung der Verhältnisse der Preß- und Partei-Angestellten unterbreitet.

Auch folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die heutige Preßkonferenz erkennt die Notwendigkeit an, daß eine möglichste Ausgleichung bestehender Verschiedenheiten und eine Klarstellung der Rechtsverhältnisse der an den Partei-Unternehmungen Angestellten zu erstreben ist durch Aufstellung von Normativbestimmungen.

Zur Feststellung derselben und zur Erwägung der Frage, ob auch die Verwaltungsangestellten und Gewerkschaftsbeamten als Mitglieder in den Verein Arbeiterpresse aufzunehmen sind, hat die von der Preßkonferenz gewählte gemischte Kommission der Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse in Mainz Vorschläge zu unterbreiten.

Gewerkschaftliches.

Der Machtkitzel der Unternehmer treibt diese zu immer tolleren Streichen. Um in die „Schwarze Liste“ zu kommen, mußte der Arbeiter bisher ein wirkliches Verbrechen wider das geheiligte Kapital begangen haben. Hatte er gestreikt, oder zum Streik aufgereizt, so verfiel er der geheimen Feme der Fabrikanten. Der Verband der Metallindustriellen ist in diesem Kampfe gegen die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter von jeher tonangebend gewesen. Einzelne Mitglieder dieses Vereins gehen aber nun auf eigene Faust noch sehr viel weiter, wie ein Schreiben zeigt, das der Fabrikant Friedrich Matz, Berlin, Dieffenbachstraße 37, an einen seiner vor kurzem aus seinem Betriebe ausgetretenen Arbeiter richtet. Der Brief lautet:

„Wie mir zu Ohren gekommen ist, wirken Sie auf Herrn K.... ein, er solle die Arbeit bei mir aufgeben. Ich nehme daher Veranlassung zu bemerken, daß ich, falls Herr K.... die Arbeit verlassen sollte, annehme, es geschieht auf Ihre Einwirkung hin. In diesem Falle werde ich dem Verband der Berliner Metallindustriellen, sowie den liierten Verbänden eine Darstellung Ihres bei mir gezeigten gemeinen Benehmens und Ihrer ganzen Handlungsweise geben.

Die hieraus resultierenden Konsequenzen dürften Ihnen bekannt sein.

(Unterschrift.)

Weiter kann man den Terrorismus wohl kaum treiben. Wenn es dem Herrn K. einmal gefallen sollte, aus dem Geschäft des Herrn Matz auszutreten, so braucht dieser nur „anzunehmen“, K. sei von dessen ehemaligem Arbeitsgenossen beeinflußt, und das genügt, um diesen durch das Mittel der schwarzen Listen von Ort zu Ort zu hetzen, auszuhungern. Ob die Annahme des Fabrikanten zu Recht oder zu Unrecht besteht, ist gleichgiltig, über diese Erfordernisse bürgerlicher Gerechtigkeit setzen sich die Unternehmer hinweg. Damit wollen wir natürlich durchaus nicht zugegeben haben, daß den Fabrikanten ein Recht zustände, denjenigen zu verfolgen, der einen Arbeitsgenossen dahin beeinflußt, seine Arbeitsstätte zu verlassen.

Sämtliche Konfektionsschneider in München sind ausgesperrt worden, weil die Angestellten der Firma J. G. Sappel in den Streik traten und keine Einigung erzielt werden konnte.

Ausland.

Oestreich. Im nordböhmischen Kohlenrevier ist nach einem Telegramm der Volkszeitung eine neue Lohnbewegung zu erwarten. In Teplitz soll eine Versammlung von Vertrauensleuten der Arbeiter der Brux-Teplitzer Kohlenbezirke die sofortige Wiederaufnahme der Lohnbewegung beschlossen haben. Den Unternehmern sollen Ende dieser Woche Forderungen unterbreitet werden.

Frankreich. Der Streik der Droschkenkutscher in Paris dauert fort. In der Hauptremise des Unternehmers Camille, in der etwa 300 Droschken und Pferde untergebracht waren, brach in der Nacht zum Montag Großfeuer aus. Sechs Pferde kamen in den Flammen um und der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt, doch kann sie nach der Frankf. Ztg. **nicht auf Streiker zurückgeführt werden.**

Gewerkschaftskartell zu Halle a. S.

Sitzung vom 3. August 1900.

Neu angemeldet sind Vertreter der Schmiede, Schneider und zentralisierten Maurer.

Die Abrechnung vom 1. Halbjahr gab Gen. Angermann. Es wurde nach einigen erläuternden Bemerkungen der neuen Revisoren und des Kassierers demselben für diese Zeit Entlastung erteilt.

Maibierzelt. Ueber diese Angelegenheit erstattet der Obmann der zur Untersuchung dieser Sache gewählten Kommission, Gen. Heyn, Bericht. Nach Abhaltung verschiedener Sitzungen, mit allen in Betracht kommenden Personen, wo man sich in eingehendster Weise mit dieser Sache beschäftigte und alle hieran Beteiligten gehört hatte, ist die Kommission einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, dem Kartell folgenden Antrag zu empfehlen: „Die Kommission beantragt nach nochmaliger eingehender Untersuchung, und nachdem die Zimmerer erklärt haben, daß es nicht ihr Wille gewesen ist, die gemeinsame Feier des Festes zu stören, den Tadel, den die in der Maisitzung angenommene Resolution enthält, zurückzunehmen.“ Nach kurzer Diskussion wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Gewerkschaftsfest. Ueber die Arbeiten der Kommission, welche die Vorbereitungen zu dem Gewerkschaftsfeste zu erledigen hatte, erstattete der Vorsitzende, Gen. Thiele, Bericht. Gegen die Vorschläge, wie sie von dieser Kommission gemacht wurden, wurden Einwendungen nicht laut. Die Vergnügungskommission wurde noch durch 18 Genossen verstärkt und wurden die Delegierten aufgefordert, in ihren Gewerkschaften für zahlreiche Beteiligung an dem Gewerkschaftsfest zu agitieren.

Berichte des General-Anzeigers und der Saale-Zeitung über Vorkommnisse in einer Jalousie-Fabrik und ein Versammlungsbericht der Hirsch-Dunckerschen Böttcher wurden von den daran beteiligten Genossen für vollkommen falsch erklärt.

Ein Eingesandt betraf den Vorsitzenden der zentralisierten Former. Die Angelegenheit wurde zunächst der Verwaltung dieser Gewerkschaft überwiesen.

Ueber Lohnbewegungen berichten die Steinsetzer, dieselben haben ihre Forderung auf 55 Pf. Stundenlohn und 50 Proz. für Ueberstunden festgesetzt. Es ist Aussicht vorhanden, daß diese Bewegung zu gunsten der daran Beteiligten enden wird. Die Brauer teilen die Vereinbarungen mit, die mit den Brauereibesitzern abgeschlossen sind. Die Töpfer ersuchen die Bauarbeiter, auf diejenigen ihrer Kollegen, welche die neunstündige Arbeitszeit nicht einhalten, wenn möglich einen Druck auszuüben.

Den Gewerbe-Inspektor zu wichtigen Sitzungen mit einzuladen, wurde vom Gen. Sachse beantragt, und wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Eine Umfrage, wer von den Delegierten Abonnent des Volksblattes sei, ergab, daß von den Anwesenden einer nicht Abonnent war. Die Frage, wer politisch organisiert sei, ergab, daß mehrere Delegierte nicht dem Sozialdemokratischen Verein angehörten. Hierzu wurde ein Antrag des Gen. Möwes angenommen, wonach bis zur nächsten Sitzung genaue Erhebungen hierüber angestellt werden sollen.

Gen. Thiele macht in längeren Ausführungen auf die Notwendigkeit auch der politischen Organisation aufmerksam und meint, daß vor allen Dingen diejenigen, die als Vertreter der Organisation dem Gewerkschaftskartell angehören, auch die Pflicht haben, sich politisch zu organisieren.

Das Eintrittsgeld bei öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen für Organisierte in Wegfall kommen zu lassen, wurde von den Zimmerern beantragt. Dieser Antrag wurde zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

In der Präsenzliste sollen in Zukunft die unentschuldigt fehlenden Delegierten veröffentlicht werden. K.

Präsenzliste:

Bäcker	1	Konditoren	1
Bau- u. Erdarbeiter	—	Lagerhalter	—
Bergarbeiter	—	Lederarbeiter	—
Buchbinder	1	Metallarbeiter	1
Buchdruck.(Gewerksch.)	1	Maschinisten u. Heizer	2
Bildhauer	1	Maurer (lokal)	3
Böttcher	1	Maurer (zentral)	3
Brauer	1	Müller	1
Dachdecker	1	Maler, Lack. u. Anstr.	1
Former (Sektion)	—	Steinarbeiter	1
(Zentral)	—	Schuhmacher	—
Feilenhauer	—	Schneider	3
Fabrikarbeiter	1	Seiler	1
Gastwirtsgehilfen	1	Stukkateure	1
Glaser	2	Schmiede	2
Gemeindearbeiter	—	Steinsetzer	1
Lithogr. u. Steindr.	—	Tabakarbeiter	1
Handelshilfsarbeiter	2	Tapezierer	1
Holzarbeiter	3	Töpfer	2
Kesselschmiede	1	Zimmerer (lokal)	2
Klempner	1	Zimmerer (zentral)	1
Kupferschmiede	1		

Entschuldigt fehlten 1 Brauer, Gemeindearbeiter, Klempner, Metallarbeiter.

Die Präsenzliste der Juli-Sitzung ist dahin richtig zu stellen, daß nicht 1 sondern 2 Schneider vertreten waren. In der Juni-Sitzung war 1 Steinsetzer anwesend.

Gewerkschaftskartell in Zeitz.

Sitzung vom 3. August 1900 im Franziskanerkeller.

Dieselbe wurde 9 Uhr mit der Tagesordnung: Neuwahl, Geschäftliches und Verschiedenes vom Vorsitzenden eröffnet.

Neuwahl: Der Vorstand für das gegenwärtige Geschäftsjahr setzt sich folgendermaßen zusammen: A. Gerhard, Stellmacher, als Vorsitzender, R. Scholz, Metallarbeiter, als Kassierer, E. Hentzschler, Zimmerer, als Schriftführer. Es wurden noch 2 Revisoren gewählt. Die Bibliothekkommission wurde durch einen Buchbinder und einen Metallarbeiter ergänzt.

Anträge: Da infolge der Verschmelzung der Bibliothek große Ausgaben entstanden sind, soll von seiten der Gewerkschaften außer den ordentlichen Beiträgen für das Kartell noch eine Extrasteuer in diesem Quartal von 5 Pfennig pro Mitglied erhoben werden. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte angenommen.

Eingänge: Ueber Vorträge, welche aus Breslau zugingen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Zentralverwaltung der Steinsetzer sandte Flugblätter und Zeitungen betr. des Steinsetzerstreiks in Leipzig; dieselben werden von einem Delegierten den hiesigen Steinsetzern übermittelt. Ferner gingen noch zwei Broschüren ein: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ und „Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells zu Lübeck“. Sollte sich bei einer Gewerkschaft das Verlangen nach diesen Broschüren nötig machen, ist der Vorsitzende gern bereit, dieselben zugänglich zu machen.

Bergleute. Es handelt sich um die Beiträge zum Kartell. Der hiesigen Filiale der Berg- und Hüttenarbeiter steht von seiten ihrer Zentralverwaltung kein prozentualer Satz für ihre Ausgaben zu. Der Vertrauensmann der hiesigen Filiale wendete sich in einem Schreiben an die Hauptverwaltung, diese gewährte Beiträge, wovon sie nun die Beiträge zum Kartell bestreiten sollten. Trotzdem nun die Zentralverwaltung der Berg- und Hüttenarbeiter vor Jahren betr. Errichtung eines hiesigen Gewerkschaftskartells agitiert hatte, steht sie jetzt auf dem Standpunkt, daß die hiesige Filiale keine Beiträge an das Kartell abzugeben habe. Die Kritik von seiten der Delegierten fiel sehr zu ungunsten der betr. Zentralverwaltung aus und endete damit, daß vom Kartell aus ein Artikel in der Bergarbeiter-Ztg. oder im Correspondenzblatt veröffentlicht werden soll, um der betr. Verwaltung unsere Ansichten über ihren Standpunkt kund zu geben.

Verschiedenes: Es ging ein Antrag ein, dem Vorsitzenden für seine vorjährige Thätigkeit eine Entschädigung zu bewilligen. Nach vorangegangener Debatte wurde derselbe angenommen. Eine sehr lebhafte Debatte, an welcher sich der größte Teil der Delegierten beteiligte, rief der beendigte Maurerstreik hervor. Es wurde den Maurern sowie auch den anderen Gewerkschaften anheim gegeben, bei vorkommenden Streiks, Differenzen usw. mehr die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.

Der Delegierte der Glaser berichtet, daß seit Einführung der Zwangsinnung in ihrer Branche das Verhältnis zwischen Gesellen und Meistern sich sehr zugespitzt habe, meistenteils betrifft dies den von den Gesellen eingeführten Arbeitsnachweis. Die Glasergesellen wollen in ihrer nächsten Versammlung energisch Front gegen die Uebergriffe der Zwangsinnungsmeister machen.

Es sollen in diesem Jahre von seiten des Kartells sogenannte Wanderversammlungen abgehalten werden. Das Versammlungslokal für die nächste Sitzung wird in der vorhergehenden Sitzung bekannt gegeben. Die Wanderversammlungen sollen den Zweck haben, daß die hiesigen Wirte, welche der organisierten Arbeiterschaft ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen, auch genügend respektiert werden.

Es wurden noch einige interne Sachen erledigt.

Hierauf Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Entschuldigt fehlten: 1 Brauer, 1 Buchbinder, 1 Bergmann, unentschuldigt: 1 Erdarbeiter, 2 Holzarbeiter, 2 Maurer, 1 Maler, 1 Zigarrenarbeiter und 1 Zimmerer. E. H.

NB. Die Wohnung des Kassierers befindet sich Hospitalstraße 4.

Aus dem Reiche.

Liegnitz. Wegen Vergehens im Amte hatte sich vor der Strafkammer der Polizeisergeant Hermann Groer aus Bunzlau zu verantworten. Am 9. Oktober v. J. befand sich der Former Adolf Golz in Bunzlau in ärgerlicher Stimmung. Seine Frau war nach Kittlitztreben gegangen und hatte den Stubenschlüssel nicht an den bewußten Ort gelegt. Am Abend, als die Frau immer noch nicht zurück war, gab es einen Auftritt mit seinem Hauswirt. Dieser schickte alsbald nach der Polizei und es erschien der Polizeisergeant Groer. Inzwischen hatte sich Golz in seine im zweiten Stock belegene Wohnung zurückgezogen und eingeschlossen; auch seine Frau war inzwischen zu Hause eingetroffen. Obgleich nun für den Beamten keinerlei Veranlassung vorlag, einzuschreiten, ging dieser doch die Treppe hinauf und begehrte Einlaß. Golz bedeutete dem Beamten, daß er hier nichts zu suchen habe. Schließlich öffnete jedoch Frau Golz dem Beamten die Thür. Als dieser eintrat, wurde er von Golz zum Verlassen der Wohnung aufgefordert; der Beamte wollte jedoch den Golz angreifen, um ihn mit zur Wache zu nehmen. Dies wollte sich Golz nicht gefallen lassen und er schlug deshalb den Beamten ins Gesicht. Nun begann eine Würgerei hinüber und herüber in der Wohnung. Bald war Golz überwältigt und an die Strippe genommen und fort ging es nach der Polizeiwache. Auf dem Ringe schrie Golz laut um Hilfe, denn die Schlinge, die ihm der Beamte um das linke Handgelenk gelegt hatte, war ungewöhnlich fest angezogen und hatte in das Fleisch eingeschnitten. Die Nacht über mußte Golz im Gefängnis zubringen. Die Affaire blieb ihm lange in frischer Erinnerung, denn er konnte den angeschwollenen Arm drei Wochen lang nicht gebrauchen und lange nachher noch zeigten sich Lähmungserscheinungen. Darauf wurde zuerst gegen Golz Anklage erhoben wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Er wurde aber freigesprochen, da Notwehr angenommen wurde. Sodann wurde gegen Groer Anklage erhoben wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch u. s. w. im

Schluss des diesjährigen
Sonntag
den 12. August
Inventur-Ausverkaufs.
Grosse Preisermässigungen in allen Abteilungen.
Geschäftshaus J. Lewin
Marktplatz 2 u. 3. Halle a. S. Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0003

Amte. Schon in der früheren Verhandlung war ihm vom Vorsitzenden bedeutet worden, er möge sich doch einmal das Gesetz vom 12. Februar 1850, betreffend den Schutz der persönlichen Freiheit, durchlesen. Groer erklärte, er habe eine Instruktion darüber, wie er sich bei Verhaftungen zu verhalten habe, nicht bekommen. Der Staatsanwalt beantragte 1⅓ Jahre Gefängnis und Aemterverlust auf 3 Jahre. Das Urteil der Strafkammer lautete auch gegen Groer auf **Freisprechung**. Der Gerichtshof hatte die Ueberzeugung, daß hier ein Vergehen vorliege, wie es gröber kaum gedacht werden könne. Das Gericht habe aber auch die Ueberzeugung, daß der Angeklagte nicht das Bewußtsein gehabt habe, rechtswidrig zu handeln: dieser Mangel beruhe auf der unterbliebenen Instruktion. — Die Begründung des Freispruchs ist sehr seltsam. Nur schade, daß man bei streikenden Arbeitern nicht das Fehlen des Bewußtseins voraussetzt, rechtswidrig gehandelt zu haben.

Vermischtes.

* **Zur Steuerung der Unsauberkeit in Schulhäusern** hat die königliche Regierung in Potsdam an die Orts- und Schulbehörden unterm 26. Juli cr. folgende Verfügung erlassen: Mehrfach beobachtete Unsauberkeit in den Schulhäusern, auch in den städtischen, veranlaßt uns, unsere Rundverfügung vom 5. Mai 1874 dahin zu erweitern, daß Lehrzimmer, Treppen und sonstige Diensträume der Schulhäuser mindestens zweimal in der Woche und außerdem, so oft der Rektor oder Ortsschulinspektor es für nötig befindet, gut gefegt und dabei sämtliche Tische, Bänke und andere Geräte gehörig gesäubert werden müssen. Das ist in Zukunft zu beachten, auch ist bei der Abfassung von Dienstanweisungen für Schuldiener hierauf Bedacht zu nehmen.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

L., Eisleben. Berufung gegen einen die Rente entziehenden Bescheid muß innerhalb 4 Wochen eingelegt werden. Die Klage mußte also spätestens am 27. Juli beim Schiedsgericht eingereicht sein. Ihr Schreiben ging am 1. August, also um 5 Tage zu spät, hier ein.

Briefkasten der Redaktion.

E. W., Trebnitz. Sie sind auch für größere Scheiben, die ein Kind einwirft, verantwortlich zu machen. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt betr. der Größe der Scheiben, oder ob Luxusscheibe, keine besonderen Bestimmungen.

B., Aue. Sofern das Kind nach dem 1. Januar 1900 geboren ist, soll die Mutter die Klage anstrengen. Ist jedoch das Kind vor dem 1. Januar geboren, dann hat nach früherem Recht die Mutter keinen Anspruch.

Briefkasten der Expedition

H. u. L. Schuhmachermeister Dornstein, Lindenstraße, sowie Restaurateur Sachse, Liebenauerstraße, lesen das Volksblatt nicht.

Litteratur.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 45. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Königliches. — Das geistige Leben in der Türkei und das jetzige Regime. Von Ischtiraki. — Antonio Labriola und die Ethik. Von S. Gunter. — Multatuli. Von D. Bach. — Marx über Steuerreformen. Eine nachträgliche Anmerkung zur Flotten-Deckungsfrage. Von Max Grunwald. — Litterarische Rundschau: Dr. Emil Kraepelin, Die psychiatrischen Aufgaben des Staates. Johannes Schlaf, Die Feindlichen. — Feuilleton: Das schwedische Zündholz. Von Anton Tschechoff. Einzige autorisierte Uebersetzung von Wladimir Czumikow.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord), 4. August.

Aufgeboten: Der Wagenführer Ballenthin und Helene Lange (Brandenburgerstraße 12).

Eheschließungen: Der Fleischer Semmler und Elise Buchmann (Jägerplatz 34 und Helbra). Der Maurer Hahn und Bertha Rochow geb. Hammelmann (H.-G., Reilstraße 12 und 35). Der Dekorateur Quinque und Anna Kohlbach (Parkstr. 6 u. Breitestraße 4). Der Hausbes. Hofmüller und M. Wendt (Hermannstr. 16 u. Wuchererstr. 43). Der Arbeiter Schröpfer und Pauline Mehmel (Kurfürstenstraße 80 und H.-K., Schulberg 12). Der Kapellmeister Wille und Anna Keßler (Gera und Brandenburgerstraße 9). Der Arbeiter Schönbrodt und Klara Berger (Hermannstraße 18 und Mühlweg 44). Der Glaser Meyer und Helene Busch (H.-G., Gr. Brunnenstraße 53).

Geboren: Dem Holzschnitzer Schmidtmer eine T. (H.-G., Hohestraße 13).

Gestorben: Des Arbeiter Hohmann T., 1 J. (H.-G., Gr. Brunnenstraße 25). Des Arbeiter Köhler S., 2 Mon. (H.-G., Gr. Brunnenstraße 54). Des Schneidermeister Gehmann S., 2 Mon. (Gr. Wallstraße 42). Des Tapezierer Liebscher T., 4 Mon. (Fritz Reuterstraße 8). Des Kaufmann Schubert T., 2 Mon. (Uhlandstraße 11).

Halle (Süd), 4. August.

Aufgeboten: Der Arbeiter Pintaske und Minna Helbig (Beesenerstraße 18).

Eheschließungen: Der Assistent Ecke und Elisabeth Salzmann (Mühlhausen i. Th. und Pfälzerstraße 6). Der Steindrucker Wurzbach und Margarete Hilpert (Zapfenstraße 19 und Brüderstraße 6). Der Schlosser Demmer und Auguste Herre (Thorstraße 17 und Baderei 3). Der Kutscher König und Emilie Haasenbruch (Liebenauerstraße 10 und Crondorf b. Reideburg). Der Kaufmann Liestmann und Eva Beer (Charlottenstraße 14 und 8). Der Kaufmann Kramer und Martha Köppe (Berlin und Großer Sandberg 16). Der Ingenieur Schröder und Mathilde Dette (Darmstadt und Schimmelstraße 17). Der Kutscher Weigel und Theresia Völkel (Wörmlitzerstraße 99). Der Droguist Schilling und Wanda Temme (Turmstraße 158 und Krukenbergstr. 1).

Geboren: Dem Lagerist Rudolph eine T. (Hallorenstraße 2). Dem Steueraufseher Köln eine T. (Hochstraße 7). Dem Assistent Rafoth ein S. (Steinweg 37). Dem Arbeiter Hoffmann ein S. (Langestraße 1). Dem Kaufmann Stemmler eine T. (Große Steinstraße 34). Dem Dachdecker Blume ein S., (Mühlberg 4). Dem Arbeiter Pfau ein S. (Steg 8). Dem Arbeiter Schmiady ein S. (Turmstraße 154). Dem Kaufmann Graßmann Zwill.-S. (Halberstädterstraße 9). Dem Ingenieur Schwarz eine T. (Liebenauerstraße 178). Dem Gußputzer Körner ein S. (Bruckdorferstr. 9). Dem Fleischermeister Hellbig ein S. (Magdeburgerstraße 40).

Gestorben: Des Arbeiter Schimanowsky Ehefrau, 27 J. (Elisabethkrankenhaus). Des Arbeiter Bandermann S., 1 J. (Thorstraße 32). Des Arbeiter Gorgas S., 5 Mon. (Ludwigstraße 20). Des Formers Klingebeil T., 1 Mon. (Saalberg 16). Des Siedemeister Haring S., 1 Mon. (Mansfelderstraße 52). Des Fleischermeister Hellbig S., 2 Stunden (Magdeburgerstraße 40). Des Arbeiter Carius T., 5 Mon. (Wörmlitzerstraße 105). Marie Görlitz, 18 J. (Siechenanstalt). Des Privatmann Berlin Ehefrau, 67 J. (Oleariusstraße 3). Die Witwe Heise, 74 J. (Liebenauerstr. 167). Der Küster Weber, 72 J. (A. d. Moritzkirche 6).

Verantwortlicher Redakteur: **Wilh. Swienty** in Halle.

Spezial-Abteilung für Kurzwaren, Posamenten.

Durch den großen Verkauf in diesen Artikeln bin ich im stande, die denkbar billigsten Preise zu stellen. Die Auswahl in diesen Artikeln entspricht dem großen Umfang meines Etablissements.

Kaufhaus 1. Ranges **H. Elkan** Halle a. S., Leipzigerstrasse 87.

Osborgs Bellevue.
Morgen nachmittags 3½ Uhr
gr. Familien-Frei-Konzert

Schützenfest Zeitz.
Während des Schützenfestes empfehle **ff. Regensburger, Zeitzer und Hallesche Brühwürstchen, Aale, Bücklinge, Flundern, Lachsheringe, geräucherte Schellfische, Bratheringe, Aalbricken, Aale und Heringe in Gelee, Sardinen, Rollmöpse, Anchovis, Sardellen, Kaviar u. dergl.**
Adolf Schmieder aus Halle, Delikateßhandlung, Wurstreihe 1. Stand.

Zeitz! Zeitz!
Kämpfe's Restaurant.
Schützenplatz.
Empfehle einem geehrten Publikum von Stadt und Land während des Schützenfestes mein dekoriertes
Bier- und Speisezelt.
Hochfeines Weimar'sches Lagerbier (auf Kohlensäure) sowie diverse andere Biere. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit. Täglich früh: **Bouillon.** Flotte Bedienung. Angenehmer Aufenthalt. Zivile Preise. Musikalische Unterhaltung. Es ladet freundlichst ein
Konrad Kämpfe.

Friedrich Peilecke,
Halle a. S. Fernspr. 2450, Geistst. 25
Neu! Möbel-Magazin, Gebraucht!
empfiehlt als ganz besonders billigen
Gelegenheitskauf:
mehrere Speisezimmer-Einrichtungen, hochfeine Salon-Einrichtung, Herrenzimmer-Einrichtung in Eiche und Nußbaum, ein extra feines Schlafzimmer,
bestehend aus: **1 Ankleideschrank, Kleiderschrank, 2 Bettstellen, 1 Waschtoilette mit Spiegel, 2 Nachtspinden,**
ferner: **Prunkschränke, Vertikows, Herren- u. Damen-Schreibtische, Trumeaux-Spiegel, Plüschgarnituren, Paneelsofas, Taschen- und Rips-Divans, Kulissen-, Steg- und Ausziehtische, Rohrlehn- und einfache Stühle, französische und einfache Bettstellen mit und ohne Matratze, Waschtische mit und ohne Marmor, Kleider- und Küchenschränke, Teppiche u. v. m.**
Mein Geschäftslokal befindet sich nur
Geiststrasse 25.

Stoff-Reste
zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.
Halle a. S. **H. Elkan.** Leipzigerstr. 87.
Kaufhaus 1. Ranges.

Hallesche Arbeiterliedertafel.
Unsere Gesangsstunden finden jeden Dienstag abends ½9 Uhr im Restaurant zum Letzten Dreier, Merseburgerstraße, statt. Freunde des Gesanges, welche gewillt sind dem Verein beizutreten, sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Hubert.**
Glänzender Spielplan!
Mr. **Abdullah** und Miß **Alma** mit ihrer elektrischen Ausstattungs-Scene „Ein Traum im Paradiese". (Sensationell!) — Miß **Kaida**, indische Equilibristin und Jongleuse. — Le petit **Arthur**, Miniatur-Universal-Artist. — Signorina **Ella del Sarto**, Mandolinen-Virtuosin. — Mr. **Guillaume Fontaine**, elektrisch-musikalischer Fantast. — Fräulein **Lina Goltz**, Original-Gesangs-Soubrette. — Die Herren **Fischer** und **Wacker**, Original-Gesangs-Duettisten. — Herr **Paul Backer**, Gesangs- u. Charakter-Humorist. — **Jules Greenbaum's** „Amerikanischer Bioskop" mit neuen, aktuellen Bildern!
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Sommer-Theater.
Direktion: **Fr. Wiehle.**
Ob schön — ob Regen!
(Im **Garten** oder **Saal.**)
„**Akrobaten in der Sommerfrische**", Intermezzo der **3 Gebrüder Georgi.** × **Abs-Avello**, Matadore an den hängenden Ketten. × **Miss Mary**, Equilibristin auf dem Telephonkabel. × **Die 3 Larrison**, Gesangs- und Tanz-Terzett. × **Ludwig Hasslacher**, Humorist. × **Mathilde Becker**, Konzert-Sängerin. **Anny Sylvester**, Gesangshumoristin.

Giebichenstein.
Reichenbachs Karussell
spielt heute, Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag im „Gasthof zum Mohr" und ladet das geehrte Publikum und die liebe Jugend zur lustigen Karussellfahrt ergebenst ein.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Hermann Mehnert,
Thüringerstr. 23.
Früh 8 Uhr Wellfleisch.

Heute Mittwoch
Schlachte-Fest.
Oskar Heller,
Steinweg 32.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Siegel,
Jakobstraße 42.
Von 7½ Uhr an **Wellfleisch mit neuen Sauerkohl.**

Verzinktes Drahtgeflecht
in **allen Größen** empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Rob. Katsch, Albrechtstr. 23,
empfiehlt **selbstgef. Böttcherwaren.**

Ph. Liebenthal & Co.,
Leipzigerstrasse 100,
offerieren
Trauer-Hüte und alle Trauer-Artikel.
Verkaufsstelle aller Konsum-Vereine.

Haus-Bier
in der heißen Jahreszeit leichtes, erfrischendes Getränk empfiehlt à Flasche 6 Pfg.
Freybergs Brauerei.

Söhne hiesiger achtbarer Eltern,
welche beabsichtigen **Musiker** zu werden, finden in meiner Orchester-Schule jederzeit Aufnahme. Unterricht auf allen Orchester-Instrumenten. **Theorie u. Klavier.** Dauer der Ausbildung 4½ Jahr, freie Station ausgeschlossen, monatliche Entschädigung 10 bis 30 Mark. Anmeldungen erbitte rechtzeitig.
Hugo Engelmann, Kapellmeister,
Halle-N., Zietenstraße 25. Fernsprecher 2417.

H. Böhlert, Roßschlächterei,
Reilstraße 126
empfiehlt seine hochfeinen **Fleisch- und Wurstwaren.**
Achtungsvoll **H. Böhlert.**
Telephon-Anschluß Nr. 900.

Neue und gebrauchte Möbel!
Divan in Plüsch u. Stoff, Trumeaux, Kleidersekretäre, Vertikows, Tische, Stühle, franz. u. einfache Bettstellen m. u. ohne Matratzen, Waschtische, Nachttische, Küchenschränke u. Tische, ganze Wirtschaften in neu und gebraucht empfiehlt billigst bei reeller Bedienung
Max Jungblut, Georgstr. 3.
Alte Möbel nehme in Zahlung.

Vereinen
empfiehlt zu **Kinderfesten**
diverse Zuckerwaren, 5 Pfg.-Artikel u. s. w.
die **Honigkuchen- u. Schokoladenfabrik** von
C. Tornow,
Inh.: **Robert Schirmer.**

Milch-Halle,
Landwehrstr. 20,
empf. täglich zweimal frische Kindermilch, ärztlich empfohlen, frische Buttermilch, Speisematz, Molkerei-Butter, saure Milch in Näpfen, Sahne 2c.

Lederpantoffeln,
Holzpantoffeln, Plüsch-, Sammet- u. Kordpantoffeln verkauft zu den billigsten Fabrikpreisen
D. Gründler, Fleischerstraße 41.
Bill. Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Gutes kräftiges Brot
empfiehlt **Friedr. Ackermann,** Weberstraße 10, **Zeitz.**

Milchziege verkauft **Albrechtstr. 23.**

Färberei, chemische Reinigung
Damen- und Herren-Garderoben werden **unzertrennt** chemisch gereinigt oder gefärbt. Stickereien, Bänder, Federn, Handschuhe, Schlipse u. s. w.
W. Assmann,
Obere Leipzigerstr. 60,
am Riebeckplatz.

Total-Ausverkauf.
Spiegel, Bilder, Rahmen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
P. Knüpfer, Merseburgerstr. 4.

Kinderbettstelle billig zu verkaufen Martinstraße 9, H. I.

Maurer
werden gesucht beim
Bauunternehmer Jäger,
Eisleben.

Malergehilfen stellt ein
P. Buchmann, Fleischerstr. 40.

Zwei freundl. Schlafst. Harz 25, II r.

Möbl. Schlafstelle Mühlgasse 7, I.

Anst. Schlafst. offen Steinweg 18, H. r.

Anst. Schlafst. offen Schülershof 10.

Bekanntmachung.
Warnung für jedermann, daß meiner Tochter **Marie Mänicke** nichts auf meinen Namen geborgt wird, da ich keine Zahlung leiste.
Christian Mänicke, Trotha, Mötzlicherstraße 9.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 182 — Halle a. S., Mittwoch den 8. August 1900. — 11. Jahrg.

Kriegslied … China-Freiwilligen.

…uderer des Hamburger Echo.

Vom Sonn…raden, ins Feld, ins Feld;
Frisch auf nach China gezogen!
Frisch au…nde wird jeder ein Held,
Im fern Medaillen geflogen.
Da ko…kühn und stolz einher,
Da ziehen der Hauptmann auch Saukerls **nicht mehr.**
Da nennt…

…a, da führen wir heiligen Krieg,
In…n die Kultur zu verbreiten;
N…en wir kämpfend von Sieg zu Sieg,
Die höchsten Güter wir streiten.
…nzerfaust-Evangelium
Das…den wir rings in dem Lande herum.
Ver…

Nun, gelber Mongole, nimm Dich in acht!
Mit Kolben und mit Bajonetten
Wird Dir die Gesittung jetzt beigebracht!
Da kann Dich Dein Buddha nicht retten.
Halt still, Chinese, und warte nur:
Jetzt lehren wir Dir erst die Hunnenkultur!

Frisch auf, Kameraden, nach Peking geh'n
Wir kämpfend auf blutigen Bahnen;
Auf seinen Mauern da werden bald weh'n
Uns're lorbeerbekränzten Fahnen.
Ob der Mongole sich wehrt und ziert,
Doch sein halbes Reich wird von uns annektiert.

Frisch auf, Kameraden, und leert das Glas!
Denkt, wenn erst erkämpft wir die Beute,
Dann stürzt sich drauf wie der Rabe aufs Aas
Die kapitalistische Meute.
Dann steh'n wir beiseit' in Dienst und Fron:
Für uns war der Kampf und für and're der Lohn.

Sei still, Kamerad, und klage nur nicht;
Wohl ist ja die Brust Dir durchschossen;
Die Kugel schoß ab ein Mongolenwicht,
Doch ist sie in Deutschland gegossen.
Von deutschen Büchsen der Tod uns droht;
Die lieferte dem Feinde der Patriot.

Zum Sturm, Kamerad, auf die Batterie!
Zum Sturm durch Hagel und Flammen!
Rings platzen Granaten; wohl kennt Ihr die:
Aus unserer Heimat sie stammen.
Herr Krupp in Essen zählt wohl sein Geld,
Ein Massengrab füllt sich im blutigen Feld.

Frisch auf, Kameraden, zum blut'gen Strauß,
Frisch auf übers Meer nun zum Kriege!
Laßt weinen die Mutter, die Braut zu Haus,
Uns winken die herrlichsten Siege.
Uns allen wird des Vaterlands Dank,
Wenn wieder wir kehren verstümmelt und krank!

Dann hält man wohl Reden und schreit Hurra
Zum Preis uns'rer tapferen Thaten;
Im übrigen mögen doch selbst uns ja
Von nun an wir helfen und raten.
Für uns das Leben ist Sorg und Not;
Im Golde wühlt froh der Prozent-Patriot!

Hinter den Kulissen der deutschen Diplomatie.

Ein Seitenstück zur Emser Depesche.

Von E. Witte, bisherigem Preßattachee der deutschen Botschaft in Washington.

Das Sprunghafte in der deutschen auswärtigen Politik tritt vielleicht nirgends so auffallend zu Tage wie in dem Wandel, der sich in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritanien vollzogen hat. Der Kaiser und Graf Bülow sind jetzt die eifrigsten Anwälte einer engen Freundschaft mit England, sie sehen mit verschränkten Armen zu, wie John Bull den Burenrepubliken in Südafrika den Garaus bereitet, und sie veranstalten für die notleidenden Indier Geldsammlungen, obwohl solche Sammlungen weit besser für die Notleidenden im Deutschen Reich angebracht wären, und obwohl ein englisches Sprichwort ihnen die beherzigenswerte Lehre giebt: Charity begins at home Diese dicke Freundschaft ist freilich noch ganz jungen Datums. Vor einem Jahre noch dachten die Leiter der auswärtigen Politik der beiden Mächte ganz anders und es ist sehr die Frage, ob es überhaupt zu dem jetzigen intimen Verhältnis gekommen wäre, wenn nicht der blöde Zufall dazu mitgeholfen hätte.

Was ich hier erzählen will, ist eine der merkwürdigsten Illustrationen zum Treppenwitz der Weltgeschichte und wird als solche vielleicht in der Weltgeschichte fortleben. Man denke sich eine Neuauflage der Emser Depesche, nur daß sich die Spitze diesmal nicht gegen Frankreich, sondern gegen England richtete und daß sich bei der Redaktion der Meldung die Fanfare in eine Chamade verwandelte. Da es heute wohl als ausgeschlossen gelten darf, daß das Bekanntwerden der Geschichte dieses Telegramms einen ungünstigen Einfluß auf die englisch-deutsche Freundschaft ausüben werde, so sei es mir gestattet, diesen tragikomischen Beitrag zur Zeitgeschichte hierdurch der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Während des vergangenen Jahres erfreute ich mich des zweifelhaften Vorzuges, der kaiserlich deutschen Botschaft in Washington attachiert zu sein. Unter welch merkwürdigen Umständen ich zu dieser Auszeichnung kam, werde ich später erzählen, für heute möchte ich nur bemerken, daß der Antrag, der Offiziosus der Botschaft zu werden, von Seiner Exzellenz dem Herrn Dr. v. Holleben (vor seiner Versetzung als Botschafter nach Washington Gesandter in Stuttgart) ausging und daß ich ihn annahm, „der Not gehorchend, nicht dem eig'nen Trieb". Als ich mein Amt antrat, hatte die Spannung in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten einen sehr bedenklichen Grad erreicht, und die deutsche Botschaft in Washington selbst stand bei der dortigen Bevölkerung etwa in demselben Rufe wie die spanische Gesandtschaft vor Beginn des Krieges. Es gehörte zu meiner Mission, beschwichtigend und besänftigend auf die anglo-amerikanische Presse einzuwirken, den Kaiser und den Grafen Bülow als die einzigen wahren Freunde der Vereinigten Staaten in Europa hinzustellen und dem „perfiden Albion" all die Machenschaften, die die „traditionelle Freundschaft" zwischen Deutschland und der nordamerikanischen Union ins Wackeln gebracht hatten, zuzuschreiben.

In jene Zeit fiel der plötzliche Ausbruch der Unruhen auf Samoa, bei welchen bekanntlich englisches und amerikanisches Blut gemeinsam floß. Damit hatte die „angelsächsische Solidarität" ihre Bluttaufe erhalten und der Stand der deutschen Diplomatie gegenüber England und Amerika war recht schwer geworden. Bei den in Washington geführten Verhandlungen zur Regelung der Samoafrage ließ der britische Botschafter Sir Julian Pauncefote zuerst das Wort von der Ernennung einer Samoakommission fallen. Dieser Gedanke wurde sofort von Herrn v. Holleben aufgegriffen, der dem Auswärtigen Amt in Berlin telegraphisch davon Kenntnis gab und gleichfalls umgehend drahtlich ermächtigt wurde, dem Vorschlag zuzustimmen. Mit dem Telegramm des Auswärtigen Amtes in der Hand suchte Herr v. Holleben den amerikanischen Staatssekretär Mr. John Hay auf, der alsdann auch seine Zustimmung erteilte. Der deutsche Botschafter fuhr dann zu Sir Julian Pauncefote und teilte ihm amtlich mit, daß sowohl die deutsche wie die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu dem Vorschlage Sir Julians erklärt hätten. Der britische Botschafter war über den schnellen Erfolg seines nur unverbindlich und als Privatansicht geäußerten Gedankens nicht wenig überrascht; er sah sich wohl überrumpelt, gab sich aber noch nicht besiegt. Er erhob vielmehr, als die drei Regierungen in nähere Verhandlungen über die Aufgaben der Kommission eintraten, Schwierigkeiten bezüglich der Giltigkeit der Beschlüsse der Kommission, indem er verlangte, daß einfache Stimmenmehrheit der Kommission zur Giltigkeit ihrer Beschlüsse genügen solle, während Herr v. Holleben Stimmeneinheit zur Bedingung stellte. Da auch Mr. Hay anfänglich den Standpunkt des brittischen Botschafters vertrat und das Zustandekommen der Kommission dadurch überhaupt gefährdet erschien, gab sich in Berlin große Erbitterung gegen England kund. Diese Erbitterung stieg bis zu dem Maße, daß Graf Bülow am Sonnabend, den 1. April 1899, ein chiffriertes Telegramm an den Botschafter sandte, welches er ihn ersuchte, durch den dem amerikanischen Depeschenbureau Associated Preß in Newyork zugeteilten Vertrauensmann des berliner Auswärtigen Amtes, Herrn Paul Hädicke, in der amerikanischen Presse zu veröffentlichen.

Das Telegramm traf spät am Nachmittag auf der Botschaft ein. Während die Kanzleibeamten sofort an das Dechiffrieren gingen, machte sich ein Diener auf den Weg, um mich zu holen. Der Botschafter, der sehr nervös erschien, ersuchte mich, das Telegramm ins Englische zu übersetzen und dabei die schroffen Ausdrücke durch eine mildere Sprache zu ersetzen. Dieser Aufgabe entledigte ich mich zur vollsten Zufriedenheit Sr. Exzellenz, die mir das Kompliment zu machen geruhten, ich hätte eine Fanfare in eine Chamade verwandelt! Immerhin war das Telegramm auch in seiner veränderten Fassung noch so scharf, daß ich bei dem Gedanken an die mißlichen Folgen heftiges Herzklopfen bekam. „In höherem Auftrag" sandte ich es an Herrn Paul Hädicke zur Veröffentlichung durch die Associated Preß, indem ich ihn gleichzeitig in einem zweiten Telegramm ersuchte, umgehend den Empfang des Auftrages zu bestätigen und anzuzeigen, ob er ihn ausgeführt habe.

Ich gab meine Telegramme etwa um 7½ Uhr abends auf und begab mich dann nach Hause, um dort die Antwort des Herrn Hädicke zu erwarten. Es wurde neun, zehn, elf und zwölf Uhr, aber Herr Hädicke ließ nichts von sich hören. Sonntag kam und mit ihm kamen die Sonntagsblätter, aber — kein einziges enthielt das Telegramm des Grafen Bülow, kein einziges brachte die große Sensation von dem drohenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien. Von Herrn Hädicke inzwischen noch immer kein Lebenszeichen! Das Gleiche wiederholte sich am Montag, bis ich endlich, endlich spät am Dienstag nachmittag von ihm ein kurzes Telegramm des Inhalts empfing, daß Ausführung des Auftrages unnötig geworden sei, da Lord Salisbury inzwischen dem deutschen Vorschlage zugestimmt habe. Mit dieser Meldung in der Hand eilte ich zum Botschafter, der eine ganz eigentümliche Grimasse schnitt, als er sie las, sich im stillen aber doch freute, daß das Bülowsche Seitenstück zur Emser Depesche nicht in die Oeffentlichkeit gelangt war.

Und was war die Erklärung des Rätsels? Bei der vom Botschafter angestellten Untersuchung ergab es sich, daß Herr Hädicke sich die ganze Zeit nicht ein einziges Mal auf seinem Bureau hatte sehen lassen, da er allzu sehr mit einer etwas ungewöhnlich lange ausgedehnten Bierreise durch Größer-Newyork beschäftigt war, um sich um solche Kleinigkeiten wie die Aufträge seines Chefs in Washington zu bekümmern.

Man sieht, von welchem blinden Zufall das Schicksal der Völker oft abhängt. Wäre Herr Hädicke pünktlich auf seinem Posten gewesen und hätte er den Auftrag des Botschafters ausgeführt, so gäbe es heute zweifellos keine entente cordiale zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Im Gegenteil!

* * *

Wie wäre es, wenn die Mitglieder der verschiedenen Friedensgesellschaften Herrn Paul Hädicke zu ihrem Ehrenmitglied ernennen und die vereinigten Bierbrauer von Amerika, England und Deutschland ihm Zeit seines Lebens „freies Bier" stiften würden? Sicherlich hat Herr Hädicke Anspruch auf solche Auszeichnung.

NB. Er ist noch immer der Vertrauensmann des Grafen Bülow in Newyork.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdem. Reichstags-Fraktion.

(Vom 14. November 1899 bis 12. Juni 1900.)

III.

Petitionen.

An den Erörterungen der dem Reichstag eingereichten Petitionen nahm die Fraktion regen Anteil. Die Petition gegen die **kommunale Besteuerung der Konsumvereine** in Sachsen wurde von unseren Rednern eindringlich befürwortet. Das Bestreben der Konsumvereine, welche sich hauptsächlich aus Arbeitern, kleinen Beamten und Handwerkern zusammensetzen, einer Sondersteuer zu unterwerfen, charakterisiert sich gegenüber der Thatsache, daß Beamten- und Offizierskonsumvereine von dieser Steuer frei bleiben, als ein Ausnahmegesetz für Arbeiterkonsumvereine. Ohne die Partei mit den Konsumvereinen im geringsten zu identifizieren, bekämpfen wir die Umsatzbesteuerung der Konsumvereine überhaupt und namentlich aber so lange die landwirtschaftlichen Genossenschaften und andere großkapitalistische Ver- und Einkaufsorganisationen von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Die Besteuerung der Konsumvereine durch Umsatzsteuer steht auch im Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung, weil es sich dabei um eine Sondersteuer handelt, der andere Betriebe und Vereinigungen nicht unterliegen. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen hatte, beantragten wir, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Unser Antrag wurde abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Der **Bund deutscher Frauenvereine in Leipzig** hat um reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts petitioniert und damit das Verlangen nach Gleichstellung der Frauen mit den männlichen Volksangehörigen verbunden.

Unsere Fraktion, welche die Petition entsprechend unserem Programm — das die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau verlangt — in allen ihren Teilen befürwortete, benutzte diese Gelegenheit, um reichsgesetzlichen Schutz für Arbeitervereine und -Versammlungen gegen Gewalt- und Willkürherrschaft in den Einzelstaaten zu verlangen. Die Zustände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts in Sachsen, dem klassischen Lande der Arbeitermaßregelung und Arbeiterunterdrückung, wurden den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend dargelegt und die Polizei- und Grubenmaßregeln kritisiert, die gelegentlich des Streiks der Kohlenarbeiter in Sachsen ergriffen wurden, durch welche zahlreiche Arbeiter in materielle Verluste — Einbuße gezahlter Beiträge zur Knappschaftskasse — geraten sind. Die Zustände in Mecklenburg, wo die Arbeiter vollkommen rechtlos, nur von der Gnade der Polizei bezw. Regierung abhängen, wurden ebenfalls für die Notwendigkeit eines Reichvereins- und Versammlungsgesetz ins Feld geführt. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung beantragte, verlangte die linke Seite des Reichstages, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde vom Reichstage angenommen.

Ueber eine Petition, die für Einführung einer vom Gericht zu erkennenden **Prügelstrafe** bei gewissen Roheitsverbrechen plaidierte, hatte die Petitionskommission vorgeschlagen zur Tagesordnung überzugehen. Der Abgeordnete Dr. Oertel (Sachsen) — er verdiente sich dabei die Bezeichnung „Knutenörtel" — erblickte aber im „Stock" ein soziales Heilmittel und beantragte, die Petition dem Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überweisen. Die Diskussion gab unseren Rednern Gelegenheit, diese barbarische, im Widerspruch mit der modernen Kultur befindliche Gesinnung zu brandmarken. Bei der verrohenden Wirkung der von allen humanen Sachverständigen des Gefängnis- und Zuchthauswesens bekämpften Prügelstrafe muß dieselbe von vornherein als Strafmittel verworfen werden. Die Debatte erstreckte sich auch auf den Strafvollzug und die Zustände in den Strafanstalten, wobei die dort vielfach herrschenden Zustände — Unreinlichkeit und schlechte gesundheitliche Verpflegung — einer herben Kritik verfielen. Durch Ausführungen der Konservativen provoziert, erörterten unsere Redner auch die Behandlung der Arbeiter in Ostelbien, dem Lande, wo „Prügel" Arbeitern gegenüber auch heut noch eine Rolle spielen. Daß die ostelbischen Junker die „Leutenot" und die „Landflucht" durch schlechte Entlohnung und rohe Behandlung ihrer Arbeiter zum Teil selbst verschulden, wurde den Herren mit aller Deutlichkeit bei dieser Gelegenheit zum soundsovielten Male gesagt, und der Unverschämtheit der Scharfmacherpresse, welche die Zunahme der Roheitsverbrechen auf die „sozialdemokratische Verhetzung" schieben will, gründlich heimgeleuchtet Die Kriminalstatistik weist nach, daß die Bezirke, in dene[n] am meisten sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, **die niedrigste Kriminalziffer haben,** wäl[h]rend umgekehrt aus den Kreisen, welche Männer de[r] „Religion", „Ordnung und Sitte" in den Reichstag schicken, **die meisten Kriminalbestrafungen gemeldet werden.** Zu der Höhe des sächsischen Knutenschwärmers Dr. Oertel konnte der Reichstag sich doch nicht aufschwingen. Die konservativen Knüppelhelden blieben allein — die Petition wurde durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Eine von katholischen Arbeitervereinen ausgehende Petition verlangt die Einführung einer **zehnstündigen Maximalarbeitszeit** in der Textilindustrie. Die Petitionskommission beantragte die Petition dem Reichskanzler zu überweisen. Der Abg. Dasbach (Zentrum) wünschte die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, fand jedoch hierfür nicht die Unterstützung seiner eigenen Fraktion.

In der Diskussion wurde die Petition unsererseits unter Beibringung reichhaltigen Materials energisch befürwortet. Aus der Haltung des Zentrums in dieser Frage ist ersichtlich, daß die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nichts als leere Redensart ist. Wenn das Zentrum nicht einmal einen Antrag, der die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages in der Textilindustrie befürwortet, unterstützt, dann wird es bald keinen katholischen Arbeiter mehr geben, der noch glaubt, daß eine solche Partei „arbeiterfreundlich" ist.

Diese Haltung des Zentrums entspricht genau dem Ausspruch, den einer der sozialpolitischen Führer des Zentrums, der Abg. v. Hertling, vor drei Jahren im Reichstag gethan hat, wobei er sich gegen jede generelle gesetzliche Reduktion der Arbeitszeit erklärte, auch wenn sie ohne jede Schädigung der Interessen der Unternehmer durchführbar sei.

Vergeblich versuchte der Abg. v. Hitze vom Zentrum unsere wuchtigen Argumente zu widerlegen. Einige matte Ausreden und scheinbar arbeiterschutz-freundliche Redensarten gab er zum besten, aber für die Petition trat er nicht ein.

Die sozialdemokratische Fraktion ganz allein stimmte für die Berücksichtigung der von katholischen Arbeiterorganisationen eingebrachten Petition, während das Zentrum und die anderen Parteien kühl und frostig die Petition dem Reichskanzler nur als „Material" zugehen ließen.

Die Petition des oberschlesischen christlichen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe in Beuthen auf Einführung **achtstündiger Arbeitszeit** in Berg- und Hüttenwerken sollte auf Antrag der Petitionskommission dem Reichskanzler als „Material" überwiesen werden.

Die Diskussion dieser Petition wuchs sich zu einer umfangreichen Erörterung des **sächsischen Kohlenarbeiterstreiks** aus. Unsererseits wurde die Einführung des Achtstundentages im Bergbau dringend befürwortet und a. a. auch damit begründet, daß die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit im Bergbau evident durch die Krankenstatistik nachgewiesen ist. Vor allem müßten auch die Ueberschichten beseitigt werden. Sehr charakteristisch für die „Arbeiterfreundlichkeit" des Zentrums ist es, daß auch bei dieser Petition sich niemand aus dem Zentrum bereit fand, den Antrag zu stellen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Das Verhalten der sächsischen Berg- und Polizeibehörden bei dem Kohlenstreik fand in dieser Beratung durch Darlegung der thatsächlichen Vorkommnisse gebührende Kritik und Verurteilung. Das sächsische Bergwerksunternehmertum hatte sich während des Streiks des lebhaften Schutzes der Behörden zu erfreuen, während die Bergarbeiter vielfach drangsaliert und belästigt wurden.

Es regnete Versammlungsverbote, — der Belagerungszustand wurde verhängt — obgleich die Arbeiter in der denkbar ruhigsten Weise bemüht waren, eine Verständigung herbeizuführen, und als dies nicht möglich war, die größten und stets von Erfolg begleiteten Anstrengungen machten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Unwiderleglich wurde von unseren Rednern bewiesen, daß, wenn es Streikhetzer gab — diese in den Reihen der Arbeitgeber gewesen sind. Das Eingreifen der sächsischen Regierung in die Streikbewegung hat den Werkbesitzern den Nacken gesteift — während die Arbeiter durch das Vorgehen der Behörden eingeschüchtert und benachteiligt wurden.

Die Forderung der Petition auf **Bildung von Arbeiterausschüssen** wurde zwar befürwortet, jedoch gleichzeitig frei unbeeinflußte Wahl der Arbeitervertreter verlangt, da sonst die Arbeiterausschüsse völlig bedeutungslos und nur willenlose Werkzeuge der Verwaltung sind.

Auch in dieser Beratung bemühte sich das Zentrum vergeblich, durch Ausflüchte aller Art die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Trotz wiederholter Aufforderung, mit uns für die Berücksichtigung der Petition zu stimmen, lehnten die ultramontanen „Arbeiterfreunde" dies ausdrücklich ab und begnügten sich damit, die Petition „christlicher Arbeiter" auf Einführung der längst allseitig als notwendig anerkannten Forderung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0005
DFG

Achtstundenschicht im Bergbau dem Reichskanzler als „Material" zu überweisen.

Das nennt man im Zentrum „Arbeiterschutz". Die katholischen Arbeiter mögen es sich merken. — Wir haben hier nur einige der wichtigeren Petitionen behandelt. Im Laufe der Session hatte die Fraktion jedoch sehr häufig Gelegenheit, bei Beratung von Petitionen die Parteigrundsätze zu vertreten.

Initiativanträge.

Der von unserer Fraktion gestellte Antrag:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, **dem Reichstage baldigst einen Entwurf für ein Reichs-Berggesetz vorzulegen.**"

wurde in drei Sitzungen des Reichstages verhandelt. Die Beratung gestaltete sich zu einer ausgedehnten sozial-politischen Diskussion, bei der das Bergbauwesen in allen Einzelheiten zur Erörterung gelangte. Die Forderung auf Erlaß eines Reichs-Bergbaugesetzes ist schon sehr alt. Nicht nur von den Bergarbeitern, sondern auch von der Fachliteratur und von Männern der Praxis aus bürgerlichen Kreisen wird mit immer wachsender Energie ein Reichs-Berggesetz gefordert. Für unsere Fraktion handelte es sich bei Einbringung und Begründung des Antrages nicht nur darum, die Berggesetzgebung zivilrechtlich einheitlich zu gestalten — sondern wir verlangen aus sozialen Gründen die reichsgesetzliche Regelung des Bergbaues und der Hüttenbetriebe, um dadurch die einzelstaatlichen und privatkapitalistischen Betriebe zu zwingen, endlich den so überaus notwendigen ausreichenden Bergarbeiterschutz zu schaffen. Mächtige Unternehmerverbände, die Vereine für bergbauliche Interessen, sowie die deutsche Knappschaftsberufsgenossenschaft — deren rednerische Vertretung im Reichstage König Stumm übernommen hatte — erklären sich gegen den Erlaß eines Reichs-Berggesetzes, aus Furcht, daß die politische Beeinflussung und wirtschaftliche Ausbeutung der Bergarbeiter bei reichsgesetzlicher Regelung des Bergbaues nicht so ausgiebig und ungestört betrieben werden kann, als wie es unter dem Schutze der meist in den Einzellandtagen herrschenden Reaktionsparteien durch die Partikulargesetzgebung geschieht. Der Scharfmacher aus Saarabien warf dem Reichstag vor, daß er die Einzellandtage vergewaltigen wolle und richtete aus den Reichstagsfenstern hinaus an die Träger der Kronen und Krönchen in Deutschland die Aufforderung, den Einzelstaaten die „Berghoheit" zu erhalten. Dieselben Ansichten herrschen bei den parlamentarischen Oktelbiern. Die Korn-, Vieh- und Schnaps-Junker finden, daß die Kohlen- und Erzbarone besser unter dem Schutze der preußisch-sächsischen Berghoheit gedeihen und deshalb wollen diese Fanatiker der ungestörten Arbeiterausbeutung ihre Klassengenossen vom Bergbau- und Hüttenbetrieb vor der Gefahr schützen, von der Reichsgesetzgebung ein wenig kontrolliert zu werden. Die Nachteile der einzelstaatlichen Bergaesetzgebung, die Mangelhaftigkeit des unter diesem Umstand leidenden Arbeiterschutzes wurden bei Begründung unseres Antrages mit einem so umfangreichen, den tatsächlichen Zuständen entnommenen Material belegt, daß eine Widerlegung weder möglich war, noch ernsthaft versucht wurde. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den staatlich und privatkapitalistisch geleiteten Ruhen und Werken in den Provinzen Schleien, achsen, Westfalen und im Saargebiet wurden für die Notwendigkeit eines Reichsgesetzes geltend gemacht. Die Nachteile der jetzt geltenden Berggesetze bestehen hauptsächlich in dem Mangel einheitlicher Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter. Bei dem Erlaß eines Reichsgesetzes müssen natürlich diese Forderungen zuerst erfüllt werden. Unsere Redner bezeichneten im allgemeinen die Gesichtspunkte, von denen die Gesetzgebung bei Erlaß des Reichsgesetzes geleitet werden müsse. Vor allem muß die Arbeitszeit im Bergbau einheitlich gesetzlich geregelt werden. Die Achtstundensicht, Beseitigung des Ueberschichtenunwesens, Verbot der Frauenarbeit in Gruben und aufhütten, Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren in Gruben, Einführung der achttägigen Lohnzahlung, Einführung von Lohnzetteln, Einschränkung des Strafverfügungsrechts für Leiter und Beamte der Werke; Grubeninspektion durch unabhängige Reichsbeamte, unter Assistenz von Arbeitern, die durch die Berufs- und Arbeitsgenossen zu wählen sind, Vereinheitlichung des Knappschaftswesens und Wahl der Knappschaftsorgane in geheimer freier, jeder Beeinflussung durch Vorgesetzte entzogenen Abstimmung. Hierzu müssen Lohnfestsetzungen treten, die ausreichende Ernährung und gesunde Wohnung der Arbeiterfamilien garantieren. Diese zum Schutz vor gänzlicher Verelendung der Bergarbeiter notwendigen Einrichtungen müssen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung geschaffen werden, da von der Partikulargesetzgebung, welche meist abhängig ist von rückständigen, nur kapitalistischen Interessen dienenden Faktoren, auf sozialem Gebiet nichts erwartet werden kann. **Die Regierung schwieg sich vollständig aus** — freilich es handelte sich ja nicht um die Interessen der Agrarier — nicht um Weltpolitik oder Panzerschiffe, sondern nur um Arbeiterschutz — und noch dazu um einen Initiativantrag aus der Mitte des Reichstages — da finden Reichskanzler und Bundesrat gewohnheitsmäßig keine Zeit, sich an der Beratung zu beteiligen. Mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen stimmten alle Parteien des Reichstages für unseren Antrag — ein Beschluß, der, wie es scheint, wieder einmal für den Papierkorb des Bundesrats gefaßt ist, wenn die maßgebenden Parteien des Reichstages sich nicht dazu aufraffen, **Militär- und Marineforderungen so lange abzulehnen, bis der wiederholt verlangte Bergarbeiterschutz reichsgesetzlich eingeführt ist.**

Bei der Beratung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz waren von freikonservativer (v. Stumm) und ultramontaner (Hitze) Seite Anträge gestellt worden, welche die **Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung** für die invalidenversicherungspflichtigen Personen bezweckten.

Diese Anträge wurden im ersten Abschnitt der abgelaufenen Reichstagssession nicht mehr erledigt und kamen erst im Januar d. J. zur Beratung.

Während der Antrag des Freiherrn v. Stumm die Witwen- und Waisenversicherung im Anschluß an die Invalidenversicherung auf alle versicherten Personen ausdehnen wollte, beschränkte der Zentrumsantrag den Kreis der Witwen- und Waisenversicherung auf Fabrikarbeiter und wollte die landwirtschaftlichen Arbeiter ganz von dieser Versicherung ausschließen — bis genügend erhöhte Getreidezölle geschaffen sein würden, damit die Landwirtschaft die Lasten der Versicherung nicht spüre. Wir stimmten für den Stummschen Antrag, weil die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage darstellt. Ein solches Gesetz würde eine Reform der Armenpflege mit sich führen, die im allgemeinen so unzulänglich ist, daß jede Veränderung eine Verbesserung bedeutet — denn die Armenpflege noch mehr einzuschränken — das ist undenkbar. Die materiellen Lasten, welche dem Unternehmertum durch die Witwen- und Waisenversicherung auferlegt werden, kann dasselbe ohne Beeinträchtigung seiner Existenzfähigkeit sehr wohl tragen, denn die bisherige Arbeiterversicherung, soweit die Industrie dabei beteiligt ist, verursacht den Unternehmern **nur 6 Pfg.** pro Kopf und Arbeitstag für jeden Arbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeitgeber haben **nur 2 Pfg.** pro Kopf und Arbeitstag zu tragen.

Der Zentrumsantrag wurde unsererseits bekämpft, weil seine angebliche Arbeiterfreundlichkeit als Vorspann für die arbeiterfeindlichen Lebensmittelzölle dienen soll und weil wir bei Arbeiterschutz grundsätzlich keinen Unterschied zwischen fabrikgewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern machen.

Die Regierung — mit platonischen Verbeugungen vor dem Gedanken der Versicherung der Arbeiterwitwen und Waisen — lehnte es ab, gesetzgeberisch daran mitzuwirken, weil nach ihrer Ansicht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft nicht zureiche, um neben den Kosten der drei Versicherungsgesetze (Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung) auch noch die Lasten der Witwen- und Waisenversicherung zu übernehmen.

In der Vorverkehrung dieses Unternehmerinteressenstandpunktes — „Wir arbeiten ja nur für Sie," sagte der Vorgänger des jetzigen Leiters der offiziellen Sozialreform — wurde die Regierung von der konservativen Partei unterstützt, während die freisinnige Partei durch den Mund des Abg. Richter ihre sozialpolitische Einsicht und ihre Arbeiterschutzbestrebungen dadurch bekundete, daß sie, um die Entscheidung des Reichstages aufzuschieben, Kommissionsberatung der beiden Anträge verlangte. Bei der Abstimmung wurde die Resolution auf Einführung von Witwen- und Waisenversicherung für alle versicherten Personen — also mit Einschluß der Fabrik- und landwirtschaftlichen Arbeiter — angenommen. Vermutlich ohne jeden Erfolg, da die Regierung auch auf diesem Gebiete des Arbeiterschutzes bremst.

Ein von uns eingebrachter Antrag verlangte die **Aufhebung des sogenannten Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen.** Der Antrag, der schon wiederholt von uns, und auch von anderer Seite, im Reichstage gestellt und mit stets wachsender Majorität angenommen wurde, fordert die Beseitigung eines Ausnahmegesetzes, welches über die Reichslande verhängt ist. Die dem Statthalter von Elsaß-Lothringen verliehene Gewalt macht die elsaß-lothringische Bevölkerung je nach dem Belieben des Statthalters vogelfrei, bringt Vereine und Presse unter die Botmäßigkeit der Verwaltung, welche jeden Augenblick in der Lage ist, die Organe der Volksmeinung zu unterdrücken. Die Regierung, welche im Jahre 1895 dem sog. Diktaturparagraphen nur noch eine theoretische Bedeutung beimaß, erklärte in diesem Jahre durch den Reichskanzler, das Ausnahmegesetz nicht entbehren zu können. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten geben ein Bild der durch das Ausnahmegesetz geschützten — polizeilichen Eingriffe in die Rechte der Bevölkerung, welche durch kleinliche und schikanöse Maßregeln, Ausweisungen ruhiger Bürger, Verbot von Versammlungen, Unterdrückung von Vereinen und Preßorganen und andere Drangsalierungen mehr, stets von neuem in Aufregung und Erbitterung versetzt wird.

Unsererseits wurde das Beweismaterial für die Bedrückung der persönlichen Freiheit in Elsaß-Lothringen noch vermehrt, und der unwürdige Zustand, der dem elsaß-lothringischen Volke seit 28 Jahren aufgezwungen ist, zu beseitigen verlangt. Wenn die Regierung nach 28 Jahren friedlicher Entwickelung nicht auf Ausnahmemaßregeln verzichten kann, so beweise dies nur, daß die Regierung es nicht verstanden hat, den Elsaß-Lothringern deutsche Verhältnisse angenehm und wert zu machen. Die Polizeiwirtschaft, die in den Zeitungen nur die von Amts wegen befohlene Politik dulde, sei eine Bankerotterklärung der deutschen Regierungskunst. Mit brutalen Gewaltsmaßregeln werde man nie die Elsaß-Lothringer an das Deutsche Reich fesseln können. Der Diktaturparagraph ist entweder ein Zeichen der Schwäche oder der Ausübung einer Gewaltpolitik, die eines Kulturvolkes unwürdig sei. Wir forderten, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Sklaverei des im Diktaturparagraphen liegenden Ausnahmegesetzes befreit werde. Nur die konservative Partei marschierte im Schlepptau der diktaturlüsternen Reichsregierung, die übrigen Parteien stimmten für unseren und den elsaß-lothringischen Antrag auf Aufhebung der dem Statthalter zustehenden außerordentlichen Gewalten.

Der bereits zehnmal vom Reichstag angenommene Antrag auf **Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Mitglieder des Reichstages** ist auch in der letzten Session wieder gestellt worden. Wir haben, wie stets, auch das letzte Mal für den Antrag gestimmt und dabei ausgeführt, daß Diäten ein notwendiges Korrelat zum allgemeinen Wahlrecht sind und daß Diäten gezahlt werden müssen, um die Mitgliedschaft des Reichstages nicht zu einem Privilegium für die Reichen werden zu lassen. Auf keinen Fall dürfte jedoch bei Gewährung von Diäten das Wahlrecht in irgend einer Weise angetastet oder eingeschränkt werden. Nachdem die Forderung statt auf Diäten auf „Anwesenheitsgelder" gerichtet war, wurde der Beschluß zum elftenmale gefaßt, um wahrscheinlich das Schicksal seiner Vorgänger zu teilen, und in irgend einem Winkel des Reichskanzleramts zu verschimmeln.

Interpellationen.

Von den polnischen Mitgliedern des Reichstages wurde der Reichskanzler darüber interpelliert, „ob ihm die in den polnischen Landesteilen vielfach geübte Auslegung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welche die **Rechtspflege gefährdet,** die Interessen vieler Reichsangehörigen schädigt und tiefe Erbitterung erregt, bekannt ist, und ob der Reichskanzler bereit sei, eine Klarstellung der gesetzlichen Bestimmungen dieses Paragraphen herbeizuführen". Der angezogene Paragraph bestimmt: daß, wenn vor Gericht unter Personen verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher zuzuziehen ist. Die Interpellanten begründeten die Anfrage mit vielen Beispielen richterlicher Praxis, wonach Leute, welche vor Gericht erklärten, der deutschen Sprache nicht

Der Mond und das Wetter.

Der Mond, der treue Begleiter unserer Erde, soll nach uralten Ueberlieferungen von hervorragendstem Einfluß auf das Wetter sein. Daß er in den Ruf des eigentlichen Wettermachers gekommen ist, ist kaum zu verwundern. Er ist das wichtige Gestirn, dessen wechselnde Lichtgestalt zur Regelung und Messung der Zeit benutzt wurde, der als Vollmond die dunkeln Nächte erhellt und an den sich deshalb die Bestimmung der Feste und der Versammlungen, zu denen man von weither wanderte, anschloß. Oft zeigte er sich von einem nebeligen Hof umschlossen, und häufig trat dann Regen ein. Der Wunsch nach einem Wetterpropheten war jedenfalls sehr lebhaft, ist das Wetter für die ackerbautreibende Bevölkerung doch der wichtigste Faktor für die Regelung ihrer täglichen Thätigkeit. So entstanden die verschiedenen Regeln, die den Umschlag der Witterung an den Wechsel der Mondgestalt knüpften, Regeln, die sich mit einer außerordentlichen Hartnäckigkeit erhalten haben, so häufig sie auch von den Thatsachen Lügen gestraft werden.

Es giebt auch eine Wissenschaft, die sich mit dem Wetter und seinen Ursachen beschäftigt, die Meteorologie; diese hat den Einfluß des Mondes auf die Witterung mit derselben Hartnäckigkeit geleugnet, mit welcher der Volksglaube daran festhält. Die meteorologische Wissenschaft sagt nicht etwa, ein Grund dafür, daß der Mond das Wetter beeinflußt, ist nicht zu erkennen, und deshalb ist ein solcher Einfluß auch nicht vorhanden; sie verzeichnet vielmehr sorgfältig das Wetter und die Witterungsänderungen für jeden Tag, sowie Gestalt und Stellung des Mondes zur selben Zeit. Aus solchen viele Jahre lang fortgesetzten Beobachtungen ergeben sich dann Tabellen, die deutlich zeigen, ob ein Zusammenhang zwischen Witterungsumschlag und Mondwechsel besteht. Sehr häufig fällt der Mondwechsel mit dem Witterungsumschlag zusammen; aber ebenso häufig ist das auch nicht der Fall; ein Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen ist in keiner Weise erkennbar. Wer sich davon überzeugen will, der mag selbst einmal etwa ein Jahr lang sich Tag für Tag das herrschende Wetter notieren und die Tage des Mondwechsels besonders anstreichen; er wird die Behauptung, daß ein Zusammenhang zwischen Mond und Wetter nicht vorhanden ist, dann durchaus bestätigt finden.

Trotzdem hat es immer Leute gegeben, und auch heute giebt es deren eine große Anzahl, die den Mond als unsern Wettermacher in Anspruch nehmen und sogar in wissenschaftlicher Form beweisen wollen, daß das Wetter von ihm in erster Linie abhängt; zuweilen gehen sie so weit, daß sie aus ihren Theorien vorherbestimmen wollen, wie das Wetter in der nächsten Zeit sich gestaltet. Wenn der Mond der Wettermacher wäre, müßte das ja auch leicht sein: die Stellung des Mondes läßt sich mit größter Genauigkeit für ganze Jahre vorher angeben; hängt das Wetter nun in seinen Hauptzügen von dieser Stellung ab, so muß es sich ja auch auf ebenso lange Zeiträume in seinen Grundzügen mit völliger Sicherheit prophezeien lassen. Am bekanntesten von diesen Propheten ist gegenwärtig wohl Falb, der regelmäßige Wetterprognosen (Wettervorhersagen) auf ein Jahr herausgiebt.

Man sollte meinen, daß ein solcher Prophet allen Glauben und Anhang im Volke sehr bald verlieren müßte; treffen doch die meisten seiner Vorherverkündigungen keineswegs ein. Da nun man aber die menschliche Natur sehr schlecht. Ein zweiter Fall, in welchem die Prophezeiung eintrifft, wiegt hundert Fälle auf, in denen sie sich nicht bewahrheitete. Vor wenigen Jahren, am 29. Juli 1897, gingen z. B. in Schlesien zahlreiche Gewitter nieder, in deren Folge an vielen Orten ein starkes Hochwasser auftrat, welches einen ungeheuren Schaden anrichtete. Dieser 29. Juli war nach Falbs Vorhersagen ein kritischer Tag erster Ordnung gewesen. Diese Prophezeiung war also auf den Tag genau eingetroffen, und die Zeitungen verfehlten nicht, darauf aufmerksam zu machen; so hat diese Bewahrheitung einer Prophezeiung sicherlich in vielen Gemütern einen starken Eindruck hervorgerufen und seinen Prophezeihungen starken Glauben verschafft. Daß zur selben Zeit in Tirol sehr schönes Wetter war, wurde nicht weiter beachtet. Daß kurz vorher an einem Tage, der in den Zwischenraum zweier kritischer Tage fiel, also zu einer Zeit, wo Falbs Kalender schönes Wetter anwies, in Südfrankreich starkes Unwetter und verheerende Ueberschwemmungen eingetreten waren, konnte den Eindruck, welchen das gemunte Eintreffen der Prophezeiung hervorrief, nicht abschwächen. Für den September hatte Falb nach der Stellung des Mondes ganz analoges Wetter wie im Juli verkündet; daß es nicht eintrat, war ein Umstand, der unbeachtet vorüberging. Die Masse achtet eben auf das, was eintrit, und nicht auf das, was nicht eintritt. Deshalb kann man so leicht ein erfolgreicher Wetterprophet werden, und deshalb hat auch der Mond seine maßgebende Stellung fürs Wetter im Volksglauben behalten.

Ist denn nun der Mond so ganz ohne Einfluß auf unsere irdischen Zustände? Worauf stützen denn die Propheten die Behauptung auf seine bestimmende Macht für das Wetter?

Von vornherein läßt sich wohl annehmen, daß das Vorhandensein eines so großen Körpers, wie es der Mond ist, in der nächsten Nähe der Erde nicht ohne merkbare Spuren auf dieser bleiben kann. Die Sonne, welche das gesamte Leben auf der Erde und die Bewegungen der Erde beherrscht, ist allerdings 25 Millionen mal so mächtig als der Mond; aber sie ist 400mal so weit von uns entfernt als dieser, und deshalb vermindert sich ihr Einfluß um 400 mal 400mal; denn die Gestirne verlieren an Einfluß auf die Erde in einem Verhältnis, das durch die mit sich selbst multiplizierte Entfernung ausgedrückt ist. Beachtet man dieses, so ergiebt sich der Einfluß der Sonne nun noch 160 mal so groß, als der des Mondes. Demnach muß auch der Mond noch eine ganz beachtenswerte Wirkung auf unsere Erde ausüben.

Das ist auch thatsächlich der Fall. Die auffälligste Erscheinung, die er bei uns hervorruft, ist die der Ebbe und Flut. In regelmäßigem Wechsel fluten die Wassermassen der Meere an die Gestade und ebben dann wieder ab; auch auf dem hohen Meere selbst fluten sie zusammen, und die hohe Flutwelle schreitet über den Ozean hin vom Osten gegen Westen. Wie diese Erscheinung der Ebbe und Flut zu stande kommt, soll hier nicht näher dargelegt werden; ich will nur bemerken, daß sie auf gegenseitiger Anziehung der Wassermassen und des Mondes beruht. Auf der dem Monde zugekehrten Seite erheben sich die Wassermassen und die Welle folgt ihm bei seinem Lauf um die Erde; auch auf der dem ihm abgekehrten Seite entsteht eine Flutwelle: doch will ich diese Einzelheiten hier übergehen.

Wenn die leicht beweglichen Wassermassen der Anziehung des Mondes folgen, so müssen, sagt man, die noch viel leichter beweglichen Luftmassen dasselbe thun. Der Ozean umhüllt die Erde nicht überall, sondern brandet verschiedentlich an hohe Landmassen an; dadurch werden starke Abweichungen in der regelmäßigen Erscheinung von Ebbe und Flut hervorgerufen. Aber der Luftraum umgiebt die gesamte Erde als eine Hülle von außerordentlicher Gleichmäßigkeit; die höchsten Gebirge ragen nur als niedrige Klippen in dieses Luftmeer hinein, ohne auch nur entfernt bis an seine Oberfläche dringen zu können. Deshalb muß in der Atmosphäre eine viel regelmäßigere Ebbe und Flut vorhanden sein als auf dem Meer. Diese unleugbar vorhandene Flut, welche zur Zeit der Springfluten (bei Vollmond und Neumond) besonders stark sein muß, wird als maßgebend für die Witterung angesehen und die weitgehenden Folgerungen daran geknüpft. Falb ist nicht der einzige, der solche Schlüsse zieht; es erstieren vielmehr eine ganze Reihe von Leuten, welche die atmosphärischen Fluten sowohl für das Wetter als für viele andere Erscheinungen in Anspruch nehmen.

Die fachmännisch gebildeten Vertreter der Wissenschaft vom Wetter haben natürlich die atmosphärische Ebbe und Flut nicht außer acht gelassen. Sie ist aber zu gering, als daß sie irgend einen merklichen Einfluß ausüben könnte. Es ist ein Irrtum, daß die Luftmassen, weil sie leichter und beweglicher seien, als das Wasser, der Anziehung des Mondes leichter folgen könnten, und die atmosphärischen Fluten deshalb besonders hoch sein müßten. Die Anziehung ist ja keine einseitige, die vom Mond allein ausgeht, sondern eine gegenseitige; mit derselben Kraft, mit welcher der Mond die Wassermassen anzieht, wirken diese auf ihn. Hätte der Mond eine größere Masse, so würde die Anziehung eine größere sein; aber dasselbe wäre auch der Fall, wenn die Meere statt des Wassers mit einem schwereren Stoffe angefüllt wären. Enthielten unsere Ozeane z. B. Quecksilber statt Wasser, so wäre die Wirkung zwischen dieser Flüssigkeit und dem Monde eine viel stärkere und die Flutwellen würden in demselben Maße an Mächtigkeit zunehmen. Die Luft aber ist fast 800mal so leicht als Wasser, und die dünnere Luft in größerer Höhe ist noch viel leichter, deshalb kann auch die Flut nur eine entsprechend geringere und kaum merkbare sein.

Zahlreiche Beobachtungen sind angestellt worden, um die atmosphärische Flutwelle, die der Mond um die Erde herumführt, durch ihre Wirkung auf das Barometer nachzuweisen. Es hat sich dabei in der That gezeigt, daß sie, wie zu erwarten war, viel zu geringfügig ist, um das Wetter irgendwie zu beeinflussen.

Damit ist aber das letzte Wort über den Einfluß des Mondes auf irdische Erscheinungen, speziell auch auf das Wetter, noch keineswegs gesprochen. Freilich hängt das Wetter in erster Linie von der Verteilung des Luftdrucks und seinen Aenderungen ab, da durch diese die Winde bedingt sind, und hierauf hat der Mond eben keinen Einfluß. Aber daneben giebt es noch eine Reihe anderer Momente, die für das Wetter bestimmend sind, Umstände, die bisher keineswegs genügend erforscht sind. Vor allem ist hier auf den elektrischen Zustand der Luft aufmerksam zu machen, der sicherlich das Wetter beeinflußt. Eingehende Beobachtungen, die vermutlich von dem schwedischen Naturforscher Arrhenius angestellt sind, haben unverkennbare Beziehungen zwischen dem Stand des Mondes und dem elektrischen Zustand der Atmosphäre erwiesen. Auch auf die Zahl und Stärke der Polarlichter scheint der Mond nicht ohne Einfluß zu sein. In diesen Fragen hat das Studium kaum erst begonnen, und seine Fortsetzung wird vielleicht noch manche Aufklärung bringen. —

Dr. B. Borchardt im Vorwärts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0006

mäch[…] zu sein und die vorgelegte[…] nicht zu verstehen, auszusagen und mit gez[…]gen wurden, in deutscher […] Aussagen und Ver- stre[…]en Strafen belegt wurden, […]. Die Vertreter der eidi[…]ung in deutscher Sprache, […] Reichstages, soweit die Regierung bestritten die Komp[…]nng eines Paragraphen Interpellation sich gegen die[…]etzes richtet, und erklärten, des neuen preußischen Gericht[…]verfassungsgesetzes in den daß die Handhabung des […]lassung zu Bemängelungen polnischen Landesteilen kei[…], in deutscher Sprache vor gebe, daß die für die W[…]Strafen gerechtfertigt gewesen Gericht auszusagen, erk[…]Reichskanzler keine Veranlassung wären, und daß daher f[…]r beregten Bestimmung auf dem gegeben sei, die Klarstel[…]zuführen. Wege der Gesetzgebung[…]e unsererseits ausgeführt, daß nach In der Verhandlun[…] deutsche Sprache die Gerichtssprache Lage der Gesetze zw[…]ergewaltigung an dem natür- sei, daß es jedoch ei[…]der Mensch besitzt, wenn jemand durch lichen Recht ist, […]rd, sich einer Sprache zu bedie- Haftstrafe gezwung[…] vollständig mächtig ist. Unter nen, deren er […]Beratung des Gesetzes betr. die freiwillige Hinweis auf de[…]nommenen sozialdemokratischen Antrag, Gerichtsbarkeit […]ng, der deutschen Sprache nicht mächtig zu wonach die Er[…]um einen Dolmetscher zur Verhandlung zu- sein, genügen […]ne gleichartige Behandlung auch für streitige zuziehen, wu[…]erlangt. Wenn jemand — als Zeuge vor Ge- Gerichtsbar[…] er verstehe kein Deutsch und sei der Sprache richt — er[…] so ist der Richter der Heiligkeit des Eides und nicht mäch[…] des Zeugen gegenüber verpflichtet, ihn in der dem Ge[…]nehmen zu lassen, die er versteht. Die Reichsange- Sprache[…]nischer Zunge müssen vor Gewissenszwang geschützt hörigen[…] Es sei Pflicht des Reichskanzlers, dafür zu sorgen, werde[…]undsätze, die in der Reichsgesetzgebung aufgestellt daß […]cht durch die Handhabung der Rechtspflege in den Ein- sind[…]elten verletzt und mißachtet werden und der Reichs- zel[…]er möge daher die von den Interpellanten verlangten ka[…] M[…]regeln ergreifen.

[E]ine weitere Interpellation, welche für die Arbeiterklasse [w]eittragende Bedeutung hat, wurde von unserer Fraktion eingebracht und kurz vor Schluß der Session im Reichstage verhandelt. Nachdem der Reichstag die sogenannte **Zuchthausvorlage** abgelehnt und das damit verbundene **Attentat auf das Koalitionsrecht** zurückgewiesen hatte, wurde von einigen Bundesstaaten auf dem Wege der Landesgesetzgebung ein Einbruch in das Reichsrecht verübt. Die Landtage von Anhalt und Reuß j. L. haben ein Gesetz erlassen, durch welches der Kontraktbruch ländlicher Arbeiter unter Kriminalstrafe gestellt und die zwangsweise Zurückführung ländlicher Arbeiter an die Arbeitsstelle durch die Polizei angeordnet wird. Und der **Senat von Lübeck** hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Aufstellung von Streikposten bei Ausständen bestraft wird. Wir interpellierten den Reichskanzler darüber, ob ihm der Erlaß dieser Gesetze bekannt sei, und welche Maßregeln er zur Beseitigung derselben ergreifen wolle. In der Begründung der Interpellation wurde nachgewiesen, daß die betreffenden Gesetze im Widerspruch zu den Reichsgesetzen stehen. Das Koalitionsrecht ist in der Reichsgewerbeordnung geregelt. Reichsrecht gehe vor Landesrecht. Die gegen das Reichsrecht in Anhalt, Reuß j. L. und Lübeck erlassenen Gesetze verletzen nicht nur die die Gewerbeordnung, sondern auch die Reichsverfassung, das Strafgesetzbuch und die übrige reichsgesetzliche Gesetzgebung, indem sie in die durch Reichsgesetze geregelte und gewährleistete persönliche Freiheit eingreifen.

Es ist eine **direkte Auflehnung gegen die bestehende Reichsgesetzgebung, wenn Anhalt und Reuß j. L.** durch zwangsweise Zurückführung zur Arbeit dem Arbeitgeber ein Recht auf die Person des Arbeiters geben. Das Vertragsrecht — also auch der Arbeitsvertrag — ist erschöpfend durch die Reichsgesetzgebung erfaßt — **auf diesem Gebiet ist kein** Raum mehr für Landesgesetze.

Diese Gesetze sind **krasse Ausnahmegesetze** gegen die Arbeiter, erlassen zum Vorteil der ländlichen Arbeitgeber, zum Schaden und zur Vergewaltigung der ländlichen Arbeiter in Anhalt und Reuß j. L. Durch das Vorgehen der Einzelstaaten wird die Reichsgesetzgebung beiseite geschoben. Das ist auch die Absicht der durch Ablehnung der Zuchthausvorlage enttäuschten Agrarier. In Preußen, Elsaß-Lothringen und Braunschweig bestehen dieselben Pläne. Man wählt den Weg der einzelstaatlichen Gesetzgebung, weil im Reichstag keine Aussicht ist, so brutale, von einseitigsten Klasseninteressen diktierte Ausnahmegesetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter durchzubringen. So wie die Gesetze von Anhalt und Reuß j. L. gegen Geist und Wortlaut der Reichsgesetzgebung verstoßen, so ist auch die lübecker Verordnung eine flagrante Verletzung eines Reichsgesetzes, ein Verstoß gegen das Reichsrecht. Das Koalitionsrecht ist Arbeitern durch § 152 der Gewerbeordnung garantiert **und darf durch keine landesgesetzlichen Bestimmungen beeinträchtigt werden.** Lübeck bestraft denjenigen, der ein reichsgesetzlich garantiertes Recht ausübt; das ist geradezu unerhört und fordert zur schärfsten Abwehr durch das Reich heraus. Es handelt sich um offenbare Auflehnung gegen die Reichsgesetze, die zu wahren der Reichskanzler durch die Reichsverfassung verpflichtet ist. Wir forderten auf Grund des Rechts, welches die ländlichen und gewerblichen Arbeiter durch die Reichsgesetzgebung besitzen, den Reichskanzler auf, die durch die Gesetze von Anhalt, Reuß j. L. und Lübeck verletzten gesetzlichen Rechte den in jenen Staaten lebenden Arbeitern zu schützen und dafür zu sorgen, daß Reichsrecht und Reichsgesetz in Deutschland auch von den Regierungen und Landtagen der Einzelstaaten beachtet und befolgt wird.

In gewundenen und gewaltsamen juristischen Interpretationen der Reichsgesetze versuchte der Vertreter des Reichskanzlers die formelle Zulässigkeit jener Gesetze zu begründen. Eine materielle Verteidigung der zu gunsten der Arbeitgeber erlassenen, gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetze wurde vom Bundesratstisch nicht einmal versucht.

Im Haus fanden die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts — der einst unter dem Verdacht stand, ein liberaler Jurist zu sein — keinen Anklang. Zentrum, Nationalliberale und die freisinnigen Parteien lehnten durch ihre Sprecher die Deduktionen der Regierung durchweg ab und waren einig darüber, daß die von uns angegriffene Einzelstaatsgesetzgebung in direktem Widerspruch mit den Reichsgesetzen stehe und daher rechtsungiltig sei. Charakteristisch war es, daß der Staatssekretär auf die demnächstige Rechtsprechung über die aus jenen Gesetzen entstehenden Prozesse verwies und dieser — fast schien er es zu hoffen — die Erklärung der Rechtsungiltigkeit der anhaltschen, reußschen und lübeckschen Gesetzesfabrikate vorbehielt.

Nur die Konservativen zollten dem agrarisch-konservativen Rechtsbruch Beifall und suchten auch bei dieser Gelegenheit Propaganda für Erhöhung der Lebensmittelzölle zu machen. Hoffentlich werden die weiter beabsichtigten einzelstaatlichen Attentate unterbleiben, nachdem sich gezeigt hat, daß die große Mehrheit des Reichstages nicht gewillt ist, das Koalitionsrecht preiszugeben, und entschlossen ist, dieses Grundrecht der Arbeiter gegen jeden Angriff sicherzustellen, **wenn es sein muß, durch neue reichsgesetzliche Vorschriften.**

* * *

Wir sind mit dem Bericht zu Ende. Unserer Fraktion ist ihre Aufgabe im Reichstage durch das Programm zugewiesen. Stets das Ziel: die Aufhebung der kapitalistischen Produktion, im Auge, fest auf dem Boden des Klassenkampfs verharrend, führt die Sozialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem herrschenden Wirtschaftssystem! Die nächsten Sessionen werden uns schwere Kämpfe mit den konservativ-klerikal-nationalliberalen agrarischen und industriellen Schutzzöllnern bringen. Ein wüstes, von materiellen Klasseninteressen beeinflußtes Treiben **wird die Hallen des Reichstages durchtoben.** Die **Konservativen und das Zentrum werden den Ablauf der Handelsverträge benutzen, um der schwachen, dem reaktionären Ansturm nicht gewachsenen Regierung landwirtschaftliche Zölle aufzuzwingen,** welche die Verteuerung der Lebensmittel, die Verringerung der Kaufkraft, die Beeinträchtigung der Volksernährung und damit die schwerste Schädigung der Arbeiterklasse im Gefolge haben. Es wird unsere Aufgabe sein, dieses Attentat auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung — die mit hohen Lebensmittelzöllen zu gunsten der Großgrundbesitzer, mit industriellen Schutzzöllen zu gunsten der Großunternehmer belastet werden soll — abzuwehren.

Wie wir die Wahlbewegung in den Dienst unserer prinzipiellen Agitation stellen müssen, so auch die parlamentarische Thätigkeit.

Unser Kampf in der Presse, in Versammlungen, in den Rathäusern und in den Parlamenten, wo es auch sei, stets ist er demselben Ziel — der Befreiung des Proletariats aus ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung — gewidmet. Die Sozialdemokratie wird nicht eher aufhören zu kämpfen, bis der Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Herrschaft der besitzenden Klassen gestürzt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 7. August 1900.

* **Der Januskopf des Kapitalismus** zeigt sich recht augenscheinlich in der Halleschen Maschinenfabrik. Vor knapp 14 Tagen gab die Leitung „ihren" Arbeitern ein Sommerfest und ließ sich dafür von der bürgerlichen Presse in allen möglichen Tonarten preisen, und jetzt finden massenhaft Arbeiterentlassungen statt. Am Sonnabend wurden nicht weniger als 50 Arbeiter aus den verschiedenen Kategorien der daselbst Beschäftigten entlassen, und heute vormittag traf drei Former das gleiche Schicksal. Angeblich soll Arbeitsmangel herrschen. Auffallend ist nur, daß von dieser Maßnahme nicht zunächst die Ledigen betroffen worden, sondern die Verheirateten, die mit ihren Familien doch nicht ohne weiteres auswandern können. Oder herrscht eine gewisse Auswahl vor?

K. **Vorsicht, Metallarbeiter!** Auf die Annonce des Volksblattes von vergangener Woche, in welcher unter der Chiffre A 100, Maschinenschlosser nach auswärts gesucht wurden, werden jedenfalls verschiedene Kollegen ihre Offerte eingereicht haben und sind einige vielleicht auch angenommen worden. Es handelt sich hier um die Firma Eckward Ahlborn in Hildesheim. Auf eingezogene Erkundigungen ist uns von den dortigen Kollegen mitgeteilt worden, daß in der betreffenden Fabrik in letzter Zeit verschiedene ältere Kollegen entlassen worden sind. Man hatte verschiedenen wegen unentschuldigten Fernbleibens von der Arbeit 2 Mk. abziehen wollen, was sich die Kollegen natürlich nicht gefallen ließen. Also nach allem was dort vorgegangen ist, können wir den hiesigen Metallarbeitern nur raten, nicht hinzugehen.

* **Die Reform der Krankenversicherung.** Nach dem Bekanntwerden der Pläne, die zur Reformierung des Krankenversicherungswesens im Schoße der Reichsregierung schlummern, hat sich der Krankenkassen, insbesondere der unter staatlicher Aufsicht stehenden Ortskrankenkassen, eine gewisse Unruhe bemächtigt. Und nicht mit Unrecht. Wenn den Krankenkassen die selbständige Verwaltung ihrer Geschäfte abgenommen wird und sie den städtischen Kommunalverwaltungen angegliedert werden, ist es mit der gedeihlichen Fortentwickelung der Kassen vorbei. Ein städtischer Beamter, der dann als Leiter der Kasse fungiert, wird sich um das Wohl und Wehe der Mitglieder recht wenig kümmern. Er ist nicht den Mitgliedern, sondern seiner vorgesetzten Behörde verantwortlich, und diese hat ihr Augenmerk nur darauf zu richten, daß die Verwaltungsgeschäfte ihre bureaukratische Erledigung finden. Alles andere ist für sie nebensächlich. Daß die in den Krankenkassen versicherten Arbeiter nicht gewillt sind, die Selbstverwaltung sich so ohne weiteres nehmen zu lassen, beweist die Rührigkeit, mit welcher viele Krankenkassen in den letzten Wochen zu den Regierungsplänen Stellung nahmen. Wie sich die Regierung endgiltig zu den Abänderungen stellen wird und welche Formen sie annehmen, kann man erst sagen, wenn der neue Entwurf dem im November zusammentretenden Reichstag vorliegt. Gleichwohl ist es jetzt schon angebracht, der Frage näher zu treten. Die Reichsregierung muß erfahren, daß die Arbeiter unter einer Reform nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung verstehen. Die zahlreich in Halle bestehenden Berufskrankenkassen werden in den nächsten Wochen vom hiesigen Gewerkschaftskartell zusammenberufen werden, um ihre Stellung zu der „Reform" klar und unzweideutig bekunden zu können. In **Krefeld** befaßten sich dieser Tage einige Krankenkassen damit und legten ihre Ansicht in folgender Resolution nieder:

„Die Versammlung ist mit der Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf breitester Grundlage einverstanden, desgleichen mit der Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen; sie erwartet, daß das neue Gesetz so gestaltet wird, daß den Kassen die Möglichkeit bleibt, ihre Leistungen in einem recht breiten Rahmen nach Belieben zu erweitern. Die Versammelten haben aber nicht den Wunsch, daß eine andere Verteilung der Beiträge stattfinde, verwerfen auch ebenso entschieden eine andre Verteilung der Rechte der Versicherten und der Arbeitgeber in Generalversammlung und Vorstand und protestieren entschieden **gegen die etwa geplante Angliederung der Krankenkassen an die Gemeinden und die Bevormundung seitens behördlicher Organe;** sie verlangen vielmehr vollständig freies Selbstverwaltungsrecht. Ferner werden gesetzliche Bestimmungen, welche der Zersplitterung der Kassen Einhalt thun und den Vorsitzenden die Rechte gewähren, den Zusammenschluß der bestehenden Kassen aus freier Entschließung herbeiführen zu können, gefördert. In der Ärztefrage plaidiert die Versammlung für Beibehaltung der jetzigen Bestimmungen, wonach jeder Kasse es frei steht, das ihr genehme Aerztesystem beizubehalten, spricht sich aber im Prinzip für beschränkte freie Arztwahl aus."

* **Ein zuverlässiges Urteil** über die sog. unparteiische Presse findet sich in der Braunschw. Landesztg.:

„Man muß auf **ein sehr tief gesunkenes geistiges und moralisches Niveau im deutschen Volke schließen,** wenn man heute die Beobachtung macht, wie allerorten auf dem Gebiete der Presse „billig und schlecht" die sieghafte Devise bildet und wie gerade der schlechten, das heißt der moralisch verkommenen Presse der große Haufe nicht bloß des Mobs, sondern auch der sogenannten Gebildeten, seine Sympathien zuwendet und seine Groschen hinwirft, nicht bedenkend, was er damit eigentlich für einen Verrat an seinem besseren Selbst wie an dem Gemeindewohl begeht. Der Tiefstand unserer politischen und Parteiverhältnisse wird zu einem Teile aus diesem Hinabgleiten der politischen Gewissen in eine stumpfe Empfindungslosigkeit, in die graue Dämmerung des „Nirwana" als Folge der Hingabe an die verflachenden und versimpelnden Lockungen der sogenannten parteilosen Blätter, der marktschreierischen Zehnpfennigpresse zu erklären sein, die nur ein Ideal und einen Gott kennt: die zynischste Reklame und den skrupellosesten Gelderwerb. Das einst so ehrenhafte und starke deutsche Bürgertum, das in den Zeiten der Unfreiheit und Bedrückung der wahre Hort aller im deutschen Volke lebender Ideale war, ist verphilistert in blödem politischen Dusel und hat sich zum **Narren von Geldschneidern und Spekulanten** machen lassen."

Blutiger Hohn ist es allerdings, daß der Herausgeber der Landeszeitung zugleich auch Verleger eines parteilosen Blattes ist. Das ändert indes an dem Urteil über die unparteiische Presse nicht das geringste. Wäre unser deutsches Bürgertum nicht so beispiellos politisch versimpelt, dann würde es die unschmackhafte Kost der unparteiischen Blätter entschieden von sich weisen. Aber leider existieren für dasselbe nur der Geldsack und der Kapitalprofit als höchstes Ideal und es ist ihm gleichgiltig welche geistige Kost man ihm verabreicht. Wenn sie nur seinem innersten Empfinden nicht zuwiderläuft. Noch bedauerlicher aber ist es, daß der politische Indifferentismus auch bei vielen Arbeitern zu finden ist und daß sie Blätter lesen — **wie in Halle den General- oder Central-Anzeiger — die der ödesten politischen Verflachung das Wort reden.** Es ist eine außerordentlich beschämende Thatsache, daß in Deutschland gerade diese Presse die meisten Abonnenten aufzuweisen hat. Hieran möglichst wenig Anteil zu haben, muß das Bestreben **jedes Arbeiters** sein und nicht oft genug kann der Ruf **erschallen:** Hinaus mit dieser Presse aus den Arbeiterwohnungen!

* **Der Verband deutscher Milchhändler-Vereine** hielt kürzlich seinen dritten Verbandstag in Frankfurt a. M. ab, wozu auch der hallesche Verein einen Delegierten entsendet hatte. Es wurde u. a. verhandelt über: Die natürlichen Schutzmaßregeln gegen die Uebertragung der Tuberkulose durch die Milch auf den Menschen. Als Referenten hierzu waren erschienen die Herren Gerichtschemiker Edgar Reich-Berlin und vereideter Handelschemiker Dr. Fritzmann-Frankfurt a. M., welche lehrreiche Vorträge hielten.

* **Durch ein eigenartiges Mißgeschick** erlitt der 68jährige Invalide Gottlob Müller eine schwere Augenverletzung. Bei einer Familienfestlichkeit schlug Müller, der eine Brille trägt, den Spund von einem Bierfäßchen heraus. Der Spund flog ihm ins Gesicht und traf die Brille, deren Glassplitter ihm ins rechte Auge drangen.

* **Auf der Straße geboren** ist das Kind einer ledigen Arbeiterin aus Mücheln. Sie passierte Sonntags abends um ½9 Uhr die Delitzscherstraße und wurde hier von Wehen überrascht. Man brachte Mutter und Kind nach der Klinik.

* **Unfall.** Beim Zusammenkoppeln zweier Stadtbahnwagen wurde auf dem Platze vor dem Hauptbahnhof dem Arbeiter Haubert aus Diemitz der Brustkasten eingedrückt und ihm zwei Rippen gebrochen.

* **Die Dölauer Heide** ist von einem Moorbrand betroffen, der einen bedeutenden Umfang annahm, jetzt aber wieder gelöscht sein dürfte.

* **Messerstiche** erhielt am Sonntag abend gegen 11 Uhr der Bierfahrer Nebelung in der Burgstraße in Giebichenstein von zwei Burschen, die ihn überfielen. Nebelung liegt schwer krank in der Klinik. Die Stiche trafen die Wange, die Herzgegend und die Wirbelsäule. Die Burschen sind noch nicht gefaßt.

* **§ 275 des Bürgerlichen Gesetzbuches bei Streiks.** Das berliner Gewerbegericht hat in einem Rechtsstreit von fünf Maschinenarbeitern gegen einen an der Arbeiteraussperrung beteiligten Fräsereibesitzer entschieden, daß der § 275 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der den Schuldner von der Verpflichtung zur Leistung befreit, soweit dieselbe infolge eines nach der Entstehung des Schuldverhältnisses eintretenden Umstandes, den der Schuldner nicht zu vertreten hat, unmöglich wird, auf die berliner Holzarbeiteraussperrung keine Anwendung finde. Die berliner Fräsereibesitzer schlossen den Holzindustriellen und Tischlermeistern zuliebe ihre Werkstätten und sperrten ihre Leute somit aus. Anfangs hieß es, die Arbeiter sollten nur aussetzen, während sie auch nach der Kündigung in der vierzehntägigen Frist nicht beschäftigt wurden. Der Vertreter des Beklagten berief sich auf den § 275 und behauptete, daß die Fräsereibesitzer infolge des Tischlerstreiks für ihre Leute keine Beschäftigung mehr gehabt hätten und deshalb außer stande waren, den Arbeitsvertrag zu erfüllen. Dagegen wies der Vertreter der Kläger nach, daß infolge Weiterarbeitens eines Teils der Tischlereien, in denen die Arbeiterforderungen bewilligt waren, eine starke Nachfrage nach Fräsereiarbeit vorhanden und speziell der Beklagte vollauf beschäftigt war, so daß bei ihm die Produktion während der ersten Streikwoche sogar die der streiklosen Zeit überstieg. In Wahrheit hätten die Fräsereibesitzer ihre Leute freiwillig ausgesperrt und der Beklagte hätte bei dem Aussperrungsbeschluß selbst mitgewirkt und sich selber am Weiterarbeiten gehindert. Uebrigens sei § 275 nicht bei Streiks und Aussperrungen, sondern nur bei elementaren Ereignissen, die die Erfüllung der vertraglichen Leistungen unmöglich machen, anwendbar, sonst wäre die Folge davon, daß auch die Arbeiter alle Verträge durchbrechen könnten, wenn ihre Organisationen den Streik beschlössen.

Der Gerichtshof verurteilte einstimmig den Beklagten, jedem Kläger eine Entschädigung für die vierzehn Tage der Kündigungsfrist zu zahlen. Gewerberichter Dr. Gerth führte aus: § 275 sei hier nicht anwendbar, weil nach der Beweiserhebung die Möglichkeit vorgelegen habe, die Kläger zu beschäftigen, wenn auch in geringem Umfange. Für die Woche vor dem 3. März könne den Klägern eine Entschädigung nicht zugebilligt werden, denn bis dahin seien sie nach Annahme des Gerichts mit dem Aussetzen einverstanden gewesen. An diesem Tage hätten sie dagegen ausdrücklich Beschäftigung verlangt und sie hätten demzufolge wegen der nicht ausgeschlossenen gesetzlichen Kündigungsfrist mindestens in den folgenden vierzehn Tagen beschäftigt werden müssen.

Die Entscheidung läßt erkennen, daß § 275 für anwendbar erklärt worden wäre, wenn der Beklagte wirklich infolge des Tischlerstreiks keine Arbeit gehabt hätte. Weiter kommt als Anschauung des Gerichtshofes zum Ausdruck, daß schon die beschränkte Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, die Anwendung des § 275 ausschließe. Ein präziser, jeden Zweifel ausschließender Bescheid liegt noch nicht vor.

* **Der Monat der Sternschnuppen i[s]t der August.** Die Augustmeteore gehören zum größten Teil dem alle Jahre zu derselben Zeit wiederkehrenden Schwarm der Perseiden an, welcher vorzüglich in den Nächten zwischen dem 8. und 12. thätig ist. Die größte Wahrscheinlichkeit, viele Sternschnuppen zu sehen, hat man zwischen 1 und 3 Uhr nach Mitternacht vom 9. auf den 10. August. Aber auch in den späteren Abendstunden ist eine Beobachtung des Himmels, vornehmlich des nordöstlichen Teiles, sehr empfehlenswert und lohnend. Der August besitzt noch eine andere bemerkenswerte Eigenschaft, er verwandelt den sommerlichen Charakter des Sternhimmels in einen herbstlichen. Die Mitternachtsdämmerung, welche am Ende des Mai beginnt, hat jetzt ihr Ende erreicht, da das Tagesgestirn seit dem 21. Juni (Sommers Anfang) wieder einen nach Süden zu gerichteten Weg nimmt und sich dem Aequator jetzt so weit genähert hat, daß es um Mitternacht tief unter dem Horizonte steht und eine Beleuchtung der oberen Luftschichten nicht mehr möglich ist. Das Himmelsgewölbe nimmt dann eine tiefschwarze Färbung an, und auch die schwächsten Sternchen, welche sich in den vergangenen Monaten vergeblich abgemüht hatten, das matte Dunkel zu durchbrechen, blitzen wieder auf und lassen die Stellung der einzelnen Sternbilder scharf hervortreten.

Oschersleben. Auf gräßliche Weise kamen auf der Haltestelle Hordorf zwei Eisenbahn-Passagiere zu Tode. Ein Einjähriger vom Grenadier-Regiment in Potsdam und ein junges Mädchen stiegen auf der entgegengesetzten Seite aus und wurden von dem in diesem Augenblick heranbrausenden halberstädter Schnellzug erfaßt und auf der Stelle getötet.

Plötzky. Krank! Sonnabend, so berichtet das Lokalblatt in Gommern, wurde der mit einem Pferde auf dem Felde beschäftigte Knecht E. von seinem Arbeitgeber P. dabei betroffen, als er mit dem Pferde nicht näher zu bezeichnende Handlungen vornahm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0007

1. **Mühlberg a. E.** Totschlag. Der Stromarbeiter Wilhelm Zimmermann von hier begab sich am Donnerstag nach seiner jenseits der Elbe gelegenen Parzelle und beschäftigte sich mit der von ihm gepachteten Grasnutzung. Als er am Abend noch nicht zurückgekehrt war, begann man zu suchen und fand ihn tot am Wasser liegend vor. Da es bereits finster geworden, bemerkte man nichts Auffälliges an dem Leichnam und glaubte an eine Tötung durch den Blitz, weil am Nachmittage ein heftiges Gewitter vorüberzog. Am anderen Morgen entdeckte man jedoch mehrere Wunden am Hals u. s. w., und eine größere Wunde am Hinterkopf. Nach dem Gutachten des Arztes ist Zimmermann von anderen erschlagen worden. Man nimmt an, daß er mit Dieben in Streit geraten und im Verlauf desselben seinen Tod fand. Z. ist 61 Jahre alt. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Bruckdorf. Die Schulzenwahl, die am vorigen Donnerstag hier stattfand, zeigte das überraschende Ergebnis, daß der auch von unseren Genossen unterstützte Schuhmacher Belcke beinahe zum Schulzen gewählt worden wäre. Der Gewählte, Gutsbesitzer Gölicke, erhielt 9 Stimmen und Belcke 7.

Salzwedel. Zu den Kommunalwirren. Unser Bürgermeister hat jetzt gegen 4 Magistratsmitglieder Strafantrag gestellt. Das Gericht hat ihn jedoch damit abgewiesen.

Elsterwerda. Ein Gewitter hat hier und in der näheren Umgebung großen Schaden angerichtet. Die Hagelkörner fielen in einer Stärke von 23—25 Millimeter. Bäume wurden ausgerissen und über die Straßen gelegt, die Obstbäume ihrer Früchte beraubt und das noch stehende Getreide so zerschlagen, daß die Körner auf dem Boden liegen. In Reichenstein, Saathain ꝛc. wurden viele Fensterscheiben durch die Hagelkörner eingeschlagen.

Erfurt. „Studentenstreiche.“ In Mönchenholzhausen sprach vor einigen Tagen ein Fremder vor, der angab, Student zu sein und den Ort einer Wette wegen zu passieren. Die anfänglich in Aussicht genommene kurze Rast dehnte sich auf zwei Tage aus. Da bemerkte man am dritten Morgen des Betttuch aus dem Fenster des Gastes hängen. Dieser auffällige Umstand veranlaßte die Wirtsleute, nach dem sonderbaren Vogel zu sehen, man fand jedoch das Nest leer. Statt der Bezahlung hatte er einen Zettel mit dem Vermerk „Zahle nach meiner Ankunft in Berlin“ niedergelegt.

Eisdorf bei Osterrode. Der Wiederausbruch der Blattern ist hier festgestellt. Schon vor einiger Zeit kamen zwei Erkrankungen an Blattern in unserm Orte vor. Die Behörde stellte Wache vor die verseuchten Häuser, um sie vollständig zu isolieren, und ließ sämtliche Insassen impfen. So wurde ein Umsichgreifen der Epidemie verhindert. Die Erkrankten genasen. Jetzt ist plötzlich eine neue Erkrankung eingetreten. Infolge dessen ist eine Impfung aller Einwohner angeordnet worden.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Torgau fiel das 5jährige Söhnchen des Bootsmanns Starke in die Elbe. Glücklicherweise vermochte es der Steuermann Hähnel noch zu retten. — Ein Bienenstich ließ in Ostrau die rechte Hand eines Handarbeiters derart anschwellen, daß der Gestochene zwecks Operation sich in die hallesche Klinik begeben mußte. — In Könnern schoß sich der 27jährige Arbeiter Schmidt eine Kugel in die Brust. Er wurde in die hallesche Klinik geschafft. Motiv: Ehezwistigkeiten. Schmidt ist seit zwei Jahren verheiratet. Von seiner Frau, von der er getrennt lebt, erfuhr er etwas Unangenehmes und griff deshalb zur Waffe. — Augenverletzungen erlitten in Sayda das Dienstmädchen Herrmann, indem es beim Zureichen von Grünfutter mit der Gabel ins linke Auge gestochen wurde, in Naundorf der Gemeindevorsteher Senf. Er bückte sich und schlug dabei mit dem rechten Auge an eine Heugabel an, die im Stroh versteckt lag und von S. nicht bemerkt wurde. — In Nichtewitz stürzte ein Knecht vom Heuboden und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf starb. — In Bitterfeld brannte das Kesselhaus der Kühleschen Pappenfabrik vollständig nieder. — Der Steueraufseher Tuttließ aus Finsterwalde, der in amtlicher Eigenschaft nach Brehna ritt, wurde von seinem Pferde abgeworfen. Er erlitt einen Schädelbruch. — In Eisleben hat sich der Berginvalid Schenk mit einem mit Wasser gefüllten Terzerol auf dem dortigen Friedhof erschossen. Man fand einen Zettel mit der Aufschrift: „Herrn A. Krone — Schenk“. Welchen Bezug dieser auf den Selbstmord hat, ist noch unaufgeklärt. Das Eisl. Tagebl. giebt Lebensüberdruß an. Wie mag dieser entstanden sein? — In Mühlhausen starb an den Folgen eines Fliegenstichs der Arbeiter Schmidt. Er hatte die durch den Stich verursachte Anschwellung am Ohr unbeachtet gelassen, so daß auch die Operation nicht mehr helfen konnte.

Vermischtes.

* **Die elektrischen Akkumulatoren als Krankheitsvermittler.** In allen Ländern, in denen sich die Herstellung von Akkumulatoren zu einer beträchtlichen Industrie entwickelt hat, ist die Beobachtung gemacht worden, daß gerade diese Fabrikation für die Arbeiter bedeutende Nachteile mit sich bringt, und zwar infolge von Bleivergiftung. Es sind sowohl bei Männern wie bei Frauen ganz gewöhnliche Fälle, daß schon nach 6 bis 8wöchentlicher Arbeit Symptome von Bleikolik auftreten, wie sie auch in anderen Industrien, die mit bleihaltigen Stoffen arbeiten müssen, so ungemein gefürchtet ist. Es stellt sich zunächst Appetitlosigkeit und Verdauungsstörung ein, dann folgen Uebelkeit sowie Unterleibs- und Magenschmerzen von solcher Heftigkeit, daß an eine Fortsetzung der Beschäftigung gar nicht zu denken ist. Die gesundheitlichen Gefahren der Akkumulatorenfabrikation sind allmählich bekannt geworden und werden von den Eigentümern solcher Fabriken höchlich gefürchtet. In manchen Werkstätten hat man besondere Maßregeln dagegen getroffen: man läßt alle Wochen einen Arzt kommen, der alle Arbeiter untersucht, man verabreicht allen, auch den gesunden, geschwefelten Honig, Eisenpillen und ein bestimmtes Quantum Milch täglich, man achtet auf sorgfältige Reinigung der Hände, wozu besondere Seife geliefert wird, Ausbürsten der Zähne und Ausspülen des Mundes, und alle 14 Tage erhalten die Arbeiter ein Schwefelbad. Trotz solcher Sorgfalt halten es die Arbeiter gewöhnlich nicht länger als 2—3 Monate aus, ohne der bösen Bleivergiftung zu verfallen. Selbstverständlich sind diese Zustände ebenso alt wie die fabrikmäßige Herstellung der Akkumulatoren selbst. Nach den in der Schweiz und in Deutschland vorgenommenen Erhebungen erkrankten die Arbeiter, die mit dem Löten der Elektroden beschäftigt sind, im Verhältnis von 37 v. H., die Plattenschneider zu 30 v. H., während die Plattenreiniger nur zu 13 v. H. an Bleivergiftung erkranken. In manchen Gegenden, wo die Fabrikation von Akkumulatoren einen besonderen Aufschwung genommen hat, kommen weitaus die meisten Fälle von Bleikolik aus den Kreisen der Akkumulatorenarbeiter. Ihre Krankheit ist nach dem Zeugnis verschiedener Aerzte noch durch besondere Nachteile von anderen Bleivergiftungen unterschieden, indem die Anfälle sehr frühzeitig und stark eintreten und sich häufig wiederholen. Oft stellt sie sich bei ganz gesunden kräftigen Menschen schon nach 3—4 wöchentlicher Arbeitszeit ein und macht sie für einen größeren Teil des Jahres arbeitsunfähig, da sich alle 3—4 Wochen der Anfall wiederholt. Da die Herstellung von Akkumulatoren jedenfalls nur Fortschritte machen kann, da der Bedarf dauernd wächst, so sollte von behördlicher Seite an eine eingehende Untersuchung darüber gedacht werden, durch welche Maßnahmen die schweren gesundheitlichen Schäden der heutigen Arbeitsmethode wesentlich gemildert oder beseitigt werden könnten.

* **Die Wirkung des Atems.** In der Laienwelt ist, so wird der Post geschrieben, der Glaube, die Atemluft eines Kranken wirke nachteilig, sehr verbreitet. Der Glaube hängt vielleicht mit dem eigentümlichen Geruch zusammen, den der Atem bei vielen Kranken annimmt. Indessen entstammt dieser Geruch gar nicht den Atmungs- sondern den Verdauungs-Organen und rührt von dem Darniederliegen der Funktion der letzteren — einer bei krankhaften, besonders fieberhaften Zuständen ganz regelmäßigen Erscheinung — her. Dagegen ist neuerdings festgestellt worden, daß zwar nicht bei ruhiger Atmung, jedoch beim Sprechen, Husten, Niesen, Räuspern unter Umständen die Atmungsluft gewisser Kranker eine erhebliche Gefahr für die Umgebung bilden kann. Bei diesen Prozeduren werden nämlich, wie man fand, mit dem Atemstrom allerkleinste, für unser Auge unsichtbare Tröpfchen von Mundflüssigkeit nach Art eines feinen Nebels regelmäßig in die umgebende Luft versprüht. Enthält nun die Mundflüssigkeit Krankheitskeime, so werden diese mit den Tröpfchen mitgerissen, und da letztere immerhin erst nach einiger Zeit aus der Luft verschwinden, so können sie mitsamt den ihnen anhaftenden Krankheitserregern eingeatmet werden. Nun enthält in der That die Mundflüssigkeit bei manchen Schwindsüchtigen, ferner bei Influenza-, Diphtherie-, Keuchhustenkranken die krankmachenden Keime; somit ist die Möglichkeit, daß diese Krankheiten durch die Atemluft Erkrankter beim Sprechen, Husten usw. weiter verbreitet werden, sehr wohl gegeben. Eine andere Frage ist schließlich die, ob die Ausatmungsluft eines gesunden Menschen Spuren eines Giftstoffes enthalte. Man nahm dies bisher vielfach an, weil man nur so die bekannte Erscheinung erklären zu können glaubte, daß in von Menschen überfüllten Räumen bei manchen Personen leicht Unbehagen eintritt, dessen Symptome sich bis zur Ohnmacht und Bewußtlosigkeit steigern können. Eine jüngst vorgenommene Prüfung dieser Frage führte aber zu dem Ergebnis, daß sich ein besonderes Gift in unserer Ausatmungsluft in keiner Weise nachweisen läßt.

* **Der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Frankreich** ist am Montag eröffnet worden. Zum Verkehr mit Berlin sind die französischen Orte Bordeaux, Dieppe, Dünkirchen, Elbeuf, Fontainebleau, Havre, Lille, Lyon, Melun, Orleans, Paris, Rouen, St. Denis, St. Etienne und Versailles zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt mit Dieppe, Dünkirchen, Elbeuf, Fontainebleau, Havre, Lille, Lyon, Melun, Paris, Rouen, St. Denis und Versailles 5 Mk., mit Bordeaux, Orleans und St. Etienne 6.50 Mk. Dringende Gespräche kosten die dreifache Gebühr; doch wird für ein dringendes Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten nicht mehr als 12 Mark erhoben. An die Leitung Berlin—Paris werden auch die deutschen Orte Charlottenburg, Potsdam, Leipzig und Magdeburg angeschlossen.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein tragischer Zwischenfall ereignete sich am Sonntag während des Arbeitersängerfestes in Weißensee. Auf dem an das Lokal Sternecker anstoßenden See fuhren zwei Boote, in denen der Arbeiter Aler Kretschmer mit einer Schwester, der Maurer Roth, ein zweiter Maurer und vier junge Mädchen und Kinder saßen. Einem der Ruderer entglitt ein Ruder, und in dem Augenblick, als er sich bückte, um es wieder zu ergreifen, wurde das Boot von dem anderen angefahren, so daß beide umschlugen. Alle acht Personen, mit denen die Fahrzeuge besetzt waren, fielen ins Wasser und sanken unter, bevor der auf dem See befindliche Dampfer eingreifen konnte. Es gelang, fünf von ihnen zu retten, während drei den Tod in den Fluten fanden. Die drei Ertrunkenen sind der Maurer Roth, dessen Sohn und Tochter.

Berlin. Ein „teurer Fall“. In einem hiesigen Hotel glitt ein Kaufmann aus Württemberg aus und brach den rechten Arm. Er verklagte die Hotelleitung und gewann den Prozeß in allen Instanzen; 6250 M. sofortige Entschädigung und 2500 M. jährliche Rente wurden ihm zugesprochen. Er gab sich schließlich mit einer einmaligen Entschädigung von 52 000 M. zufrieden. Ein Glück, den Arm im Hotel zu brechen! Wenn Arbeiter verunglücken, dann sieht's mit dem Zusprechen der Rente ganz anders aus!

Leipzig. Eine geheime Anarchistenversammlung die in der Obstweinschänke zu Leutzsch tagte, soll am Sonntag von Kriminalbeamten überrascht worden sein. Die Teilnehmer wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen, nur der Leiter, ein bekannter Anarchist aus Berlin wurde, da er sich der Visitation widersetzt haben soll, in Haft genommen. Wer weiß, ob die Polizei da nicht wieder einmal gründlich genasführt worden ist.

Hannover. Die Krawalle aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks bildeten auch am Sonnabend den Gegenstand der Verhandlung vor der Strafkammer. 20 Mann waren wegen Aufruhrs angeklagt. Die Verhandlung warf grelle Streiflichter auf die Thätigkeit der Polizei. In seinem Plaidoyer nahm der Staatsanwaltschaftsrat Schräpler scharf gegen die Presse Stellung. Für die Verhaftungen sei der Fluchtverdacht maßgebend gewesen. Die Behörden hätten nicht nötig, Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Die Verteidiger protestierten natürlich gegen diese Auffassung. Von den 20 Angeklagten wurden 7 zu Strafen von 6 Wochen bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, die Verhandlung gegen 2 wurde vertagt, die übrigen 11 freigesprochen.

Tübingen. Gestorben ist in der hiesigen Klinik der von dem Freiherrn von Münch durch Revolverschüsse verletzte Knecht.

Senftenberg. Der Kohlenschacht der Grube Ilse bei Rauno geriet am Sonnabend nachmittag in Brand. Die herbeigeeilten Feuerwehren konnten nur wenig ausrichten. 200 Mann Militär wollen versuchen, den Brand durch Einwerfen von Sand zu ersticken. Der Grubeninspektor und ein Bergmann sollen ums Leben gekommen sein. Man vermutet, daß der Tagebau, von von dem sich das Feuer auf den Schacht übertrug, von den Funken einer Lokomotive in Brand gesetzt worden ist.

Nachtrag.

Liebknecht tot.

Soeben geht uns nach Redaktionsschluß aus Berlin die telegraphische Kunde zu, daß unser allverehrter, treuer Genosse Liebknecht plötzlich gestorben ist. Der Tod trat 1/2 5 Uhr ein. Noch gestern war Liebknecht wohl und munter.

Auf telephonischem Wege ist uns soeben die schreckliche Kunde bestätigt worden. Schmerzlos ist unser alter Veteran morgens nach 4 Uhr einem Schlaganfall erlegen. Noch gestern ist er frisch und munter im Kreise der Seinigen und der Berufskollegen verkehrt. Niemand konnte ahnen, daß der Tod den trotz seiner 74 Jahre noch so rüstigen und geistig frischen Greis so unerwartet schnell uns entreißen würde. Liebknecht war am 29. März 1826 in Gießen geboren.

Was Liebknecht in seinem arbeitsreichen Leben geleistet hat, wie er nie an sich selbst dachte, sondern seine ganze große Kraft, sein tiefes Wissen und seinen weitausschauenden Blick an die heilige Aufgabe setzte, die Welt aus den Fesseln des Kapitalismus zu lösen, das weiß das Proletariat der ganzen Welt. Liebknecht war der eigentliche Gründer der deutschen Sozialdemokratie; er, der Schüler von Marx, war es auch in erster Linie, welcher der deutschen Sozialdemokratie ihr eigenartiges Gepräge gab.

Das Proletariat der Erde trauert über den Verlust. An der Bahre des alten Soldaten der Revolution schwört die deutsche Sozialdemokratie, treu in seinen Bahnen zu wandeln und gleich ihm die Fahne des Sozialismus rein und fleckenlos zu erhalten. Sein Geist wird ewig fortleben in dem Millionenheere des kämpfenden Proletariats.

An die Parteigenossen des Zeitz-Weißenfels-Naumburger Wahlkreises.

Parteigenossen! Der diesjährige Kreistag findet den **9. September** in **Theißen** statt.

Die vorläufige **Tagesordnung** ist: 1. Bericht der Vertrauensmänner, 2. Agitation und Organisation, 3. die Kommunalwahlen, 4. die Presse, 5. Anträge.

Die Vertrauensmänner werden schon jetzt ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß der Kreistag zahlreich beschickt wird. Die Wahl der Delegierten geschieht, wo uns ein Saal zur Verfügung steht, in öffentlicher Versammlung, andernfalls haben die Genossen unter sich einen Delegierten zu ernennen. Da es den Genossen des zeitzer Agitationsbezirks ermöglicht worden ist, durch Anschluß an den Sozialdemokratischen Verein in Zeitz sich auch politisch zu organisieren, ist es Pflicht der Genossen, nur solche Delegierte zu wählen, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Mandatsformulare sind von mir zu beziehen.

Um die Arbeiten des Kreistages bei Anwesenheit aller Delegierten erledigen zu können, haben letztere sich vor der Wahl zu verpflichten, bis zum Schluß des Kreistages anwesend zu sein.

Gleichzeitig mache ich die Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß das Geschäftsjahr vom 1. August 1899 bis mit dem 31. Juli d. J. reicht; um nun die Einnahme und Ausgabe für den ganzen Kreis fertigstellen zu können, bitte ich die Vertrauensmänner aller Orte, die Gelder für die Partei vereinnahmt haben, spätestens bis zum **10. August** eine Abrechnung an die Bezirksvertrauensmänner resp. an meine Adresse einzusenden. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist ersuche ich nochmals, für recht starke Beteiligung zu wirken.

Der Kreisvertrauensmann.
H. Plorin, Zeitz, Ritterstr. 18.

Parteigenossen des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises.

Unterzeichneter beruft hiermit den diesjährigen

Kreistag

auf

Sonntag, den 19. August, vormittags 11½ Uhr

nach **Roitzsch** im Gasthof zur grünen Tanne.

Tagesordnung:

1. Bericht des Kreisvertrauensmanns und Neuwahl desselben.
2. Bericht der örtlichen Vertrauensmänner.
3. Agitation und Presse.
4. Die Aufgaben der Arbeiter angesichts der wirtschaftlichen Organisierung der Unternehmer im Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.
   Referent: Redakteur A. Weißmann-Halle.
5. Der mainzer Parteitag und der Internationale Kongreß.
6. Verschiedenes.

Parteigenossen! Nehmt die Wahl der Delegierten sofort vor und sorgt für eine zahlreiche Beschickung des Kreistages; der kleinste Ort muß vertreten sein. Anträge bitte vor dem 12. August an mich einzusenden.

Der Kreisvertrauensmann.
L. Biedermann, Delitzsch.

Zur Beachtung

für alle, welche an die Redaktion schreiben!

1. Wenn Du etwas einer Zeitung mitteilen willst, thue dies rasch und schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn Du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu.
2. Sei kurz; Du sparst damit die Zeit des Redakteurs und Deine eigene. Dein Prinzip sei: Thatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma; lasse einen Raum zwischen den Zeilen und am Rand.
4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für morgen zurückgelegt werden muß oder ganz in den Papierkorb wandert.
7. Gieb der Redaktion in sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord), 6. August.

Aufgeboten: Der Porzellanmaler Wesser und Martha Götze (Schillerstraße 42). Der Arbeiter Schulze und Auguste Scherfe (H.-G., Reilstraße 63 und Gutenberg).

Eheschließungen: Der Rechtsanwalt Stiehler und Anna Eckardt (Lichtenstein und H.-G., Burgstraße 1). Der Professor Schmidt und Martha Ziervogel (Jägerpl. 11 und Henriettenstraße 22). Der Amtsrat Vater und Luise Kaiser (Rudolstadt und Blumenthalstraße 23). Der Bauführer Böcke und Bertha Lange (H.-G., Steinstraße 4 und Trothaerstraße 10).

Geboren: Dem Arbeiter Koch ein S. (H.G., Große Brunnenstraße 37). Dem Steinsetzer May eine T. (H.-G., Eichendorffstraße 11). Dem Arbeiter Linde eine T. (H.-G., Advokatenstraße 9a). Dem Eisendreher Müller eine T. (H.-G., Reilstraße 24). Dem Geschirrführer Frömme ein S. (H.-G., Angerstraße 1).

Gestorben: Des Maurer Burchardt T., 6 Mon. (H.-G., Angerstraße 6). Des Fleischer Spelling S., 3 Mon. (Lessingstraße 27). Des Schlosser Wittsack S., 7 Mon. (H.-G., Gr. Brunnenstraße 16). Des Schlosser Kauschmann T., 1 Mon. (H.-G., Advokatenstraße 9d.) Des Bergarbeiter Bohne S., 4 Mon. (H.-Tr., Nördliche Langestr. 5). Der Assistent Kalberlah, 28 J. (Breitestraße 31). Des Kutscher Kuhrt T., 4 Mon. (Lessingstraße 21). Des Arbeiter Erfurt T., 1 Mon. (Hermannstraße 17). Des Bäcker Ostermann S., 1 J. (Albrechtstraße 20). Des Transporteur Lange T., 2 Wochen (Schillerstraße 37). Des Arbeiter Wilsdorf S., 2 Wochen (H.-Tr., Magdeburgerstraße 78). Des Kaufmann Rammelt Ehefrau, 36 J. (Diakonissenhaus). Des Arbeiter Fischer T., 6 Mon. (Schillerstr. 31).

Halle (Süd), 6. August.

Aufgeboten: Der Kaufmann Plarre und Röschen Gredy (Halle und Chemnitz). Der Buchdrucker Ebeling und Emilie Grabaum (Lerchenfeldstraße 11 und Mansfelderstraße 63). Der Fabrikant Seidemann und Charlotte Frömert (Pfälzerstraße 4 und Steg 11). Der Geschirrführer Hammer und Luise Pretsch (Mittelwache 6 und Unterplan 9).

Geboren: Dem Friseur Osterburg ein S. (Rathausstraße 13). Dem Ober-Postassist. Zahl ein S. (Zwingerstraße 23). Dem Eisendreher Burckhardt ein S. (Hedwigstr. 1). Dem Schlosser Anton eine T. (Hirtenstraße 12). Dem Schlosser Söllinger ein S. (3. Vereinsstr. 8). Dem Lehrer Stolzenbach eine T. (Marienstraße 1). Dem Handlungsgehilfen Saße eine T. (Kellnerstraße 10). Dem Arbeiter Unger eine T. (Dieskauerstraße 10). Dem Kaufmann Gabel ein S. (Frauen-Klinik). Dem Fleischermeister Meyerstein ein S. (Sternstraße 7). Dem Maurer Schulze eine T. (Schlosserstraße 12). Dem Ingenieur Wenzel eine T. (Schwetschkestr. 10). Dem Referendar v. Zakrzewski eine T. (Gr. Steinstr. 8).

Gestorben: Des Fischer Böttger T., 1 J. (Weingärten 25). Die Witwe Müller, 48 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Die Wwe. Claar, 75 J. (Wörmlitzerstr. 107). Die Wwe. Seeger, 52 J. (Klinik). Elisabeth Lange geb. Mehlmann, 74 J. (Weingärten 41). Des Fleischermstr. Helbig Ehef. (Magdeburgerstraße 40). Des Zigarrenhändler Müller Ehefrau (Bergmannstroft). Des Arbeiter Heyde S., 2 Mon. (Parkstraße 10). Des Arbeiter Mikuzus S., 2 Mon. (Landwehrstr. 19). Des Arbeiter Günther T., 6 Mon. (Beesenerstraße 7). Des Kesselschmied Schmilgun T., 3 M. (Steinbocksgasse 3). Des Arbeiter Michael S., 8 Mon. (Schmiedstr. 26).

Zur Anmeldung im Standesamt ist Legitimation erforderlich. Steuerzettel sind ausgeschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilh. Swienty** in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000808-19/fragment/page=0008